

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Gleitende Lohnskalen.

In den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde für eine Reihe wichtiger Industriezweige Englands der Lohn der Arbeiter durch eine gleitende Skala geregelt. Der Arbeitslohn kam nämlich vertragsmäßig mit den Verkaufspreisen der Produkte in ein festes Verhältnis herart, daß der Lohn je nach dem Stande der Verkaufspreise gleichsam selbsttätig eine Regelung erfuhr. Es bestand also eigentlich ein System zweier Skalen, wovon die eine die Durchschnittspreise der Waren umfaßte, nach denen sich die Löhne richteten; die andere Skala die Löhne enthielt, die zu jedem einzelnen Durchschnittspreis der maßgebenden Ware zu zahlen sind.

Man ging hierbei von der Anschauung aus, daß zwischen Warenpreis und Lohn eine Verhältnismäßigkeit bestehen solle. Wenn die Löhne sich mit den steigenden Warenpreisen heben und bei fallenden Preisen sich senken, dann sind Verhandlungen darüber, ob bei Veränderung der Warenpreise auch die Löhne zu ändern sind, überflüssig und Streitigkeiten von vornherein ausgeschlossen. Zwar ist die Ausarbeitung einer gleitenden Lohnskala selbst eine schwierige Sache, aber einmal gelungen, bildet sie eine Friedensbürgschaft für die Dauer des Vertrages. Die Ausstellung erfolgt nach Maßgabe der für die leistungsfähigsten Jahre festgestellten Durchschnittspreise und -Löhne in der Weise, daß die so ermittelten Größen als Normalpreise und -Löhne (letztere allerdings gegenüber dem Durchschnitt etwas erhöht) zur Grundlage der Skala gemacht werden, aus der sich die Verhältnismäßigkeit ergibt.

Eine weitere Schwierigkeit bietet dann noch die Entwicklung der Skala, da selbstverständlich bei einem Verhältnis von Beispielweise: Preis — 100 zu Lohn — 40 die Beziehung für den Preis — 150: Lohn — 60 noch keineswegs stimmen muß. Besonders schwierig gestaltet sich die Ausarbeitung der Skala überall dort, wo es sich nicht nur um ein einheitliches Erzeugnis, sondern um eine Vielzahl verschiedener Erzeugnisse handelt.

Der schwache Punkt dieser Vereinbarung ist leicht erkennbar. Da sie für mehrere Jahre geschlossen zu werden pflegt, kann sie zur Folge haben, daß bei einem dauernden Konjunkturaufschwung ihre Nachteile völlig den Arbeitern zur Last fallen, was zwar für die Unternehmer sehr angenehm ist, aber den Arbeitern nicht erwünscht sein kann, zumal weil auch bei sinkenden Preisen die Gewinne der Unternehmer steigen können. So erzeugte die Entwicklung der Marktverhältnisse ein Bedürfnis nach öfterer Kontrollierung der Skalenhöhe und ihrer Verhältnismäßigkeit, somit das Bedürfnis nach ihrer Änderung, der man durch Festsetzung eines Mindestsatzes, unter den bei noch so niedrigen Warenpreisen die Löhne nicht herabgehen dürfen, Rechnung zu tragen versuchte. Da Verträge mit solcher Begrenzung des Lohnes nach unten schwer durchzusetzen waren, so verlor das System der gleitenden Lohnskala in der Industrie Nordamerikas und Englands zunächst an Boden. Erst am Ende des Jahrhunderts kam man in den sogenannten Allianzen (Bündnisse) darauf zurück. Die Unternehmer verpflichteten sich, nur Mitglieder der Gewerkschaft zu beschäftigen, mit der die Lohnskala vereinbart worden war; und die Mitglieder der Gewerkschaften arbeiteten nur für solche Unternehmer, die sich auf die von ihnen vereinbarten Kartellpreise verpflichtet hatten. Denn die Warenpreise sind ja heute nicht mehr wie einstmal der freien Konkurrenz überlassen, sondern durch ein Ueberkommen der Unternehmer festgesetzt. Gleichwohl haben sich diese Bündnisse auf die Dauer nicht halten können; die Lohnskala galt nur solange, wie das Kartell in Wirksamkeit war und verlor mit dem Kartell seinen Halt. Erst die Dauer des Bündnisses verleiht auch der gleitenden Lohnskala Festigkeit; das ist mindestens einleuchtend und wird vielleicht dazu führen, daß sich das System da und dort doch noch einbürgern dürfte.

Für verschiedene Zweige der Metallverarbeitung Englands gelangte die gleitende Lohnskala in ihrer einfachen Form zur Anwendung; und gegenwärtig werden über 40 000 Arbeiter nach diesem Verfahren einstellt. Bemerkenswert ist eine im April 1910 getroffene Vereinbarung zwischen den Maschinenfabrikanten von Bolton, Burn und Umgebung und den Vereinigten Gewerkschaften der Maschinenbauer, wodurch die Lohnveränderung abhängig gemacht wurde von der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes arbeitslos sind. Indem die Lohnskala nicht mit dem Warenpreisen, sondern mit der Zahl der Arbeitslosen in Beziehung gesetzt wird, ist ein Mittel gegeben, die Lohnveränderung der Beschäftigung durch die Unternehmer mehr zu entziehen, als dies das bisherige Verfahren ermöglichte. Die Durchführung der Maßregel setzt das Vorhandensein einer starken Gewerkschaft voraus; ohne eine solche werden sich die Unternehmer auf eine derartige Abmachung überhaupt nicht einlassen. Die Gewerkschaft wird natürlich sich bemühen, weiteren Zugang zum Gewerbe zu verhindern, auch ihre arbeitslosen Mitglieder anderweitig unterzubringen suchen, um nach Ablauf der vereinbarten Frist in den Genuss der Lohnerhöhung zu gelangen. Die Unternehmer dagegen haben das entgegengesetzte Interesse und werden Maßnahmen zur Beschränkung des Zuganges nicht noch besonders befolgen. Nur beim Bestande eines Kartells können die Unternehmer ebenfalls an einer gegenseitigen Garantie des numerus clausus (der geschlossenen Zahl) ein Interesse haben; das Ganze wäre dann nur eine losere Form des ausschließlichen Verbandsvertrages, wie bei den Allianzen.

Eine allgemeine Bedeutung wird auch diese Form der Lohnveränderung nicht erlangen, wenigstens nicht so bald, da ihr manche

Mängel anhaften. Es wird schließlich auch den Arbeitern nicht entsprechen, daß der Lohn vom Angebot und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte offen abhängig gemacht werde, wenn sie nicht die Sicherheit haben, diesen zu beherrschen. Wenn schon der Lohn mit dem Markt in Beziehung stehen soll, dann mit dem Warenmarkte, dessen Bewegungen durch das Schwanfen der Preise für die Erzeugnisse angebeutet werden. Allerdings gerät dadurch der Arbeiter in Gefahr, von der Gestaltung der Konjunktur betroffen zu werden; aber das ist zum guten Teil auch so der Fall, und die Frage ist immer nur die, wie den Stößen der Konjunktur begegnet werden kann. Eine Lohnfestsetzung, die diese Anpassungswendigkeit schon geraume Zeit vorher erkennen läßt, die die Arbeiter schon bei sinkender Spannung, aber noch während dem Lohnhochstande zur Anpassung ermahnt, ist jedenfalls einer solchen vorzuziehen, bei der der Übergang zu einer niedrigeren Lebenshaltung ganz unermittelt kommt.

Auch hier wird die Hauptfrage darin bestehen, wie sich die Arbeiter, die den Nachteil der Lohnminderung bei sinkender Preiskonjunktur auf sich nehmen müssen, gegen den Mißbrauch der Warenmärkte durch börsenmäßiges Spiel und Spekulation zur Wehre setzen und es verhindern sollen, daß ihnen durch künstliche Preisschwankungen Schaden zugefügt werde. Auf der andern Seite sind die Arbeiter auch bei guten Preiskonjunkturen trotz der getroffenen Vereinbarung nicht in der Lage, ihren Vorteil ganz auszunützen. Durch die Wechselbewegung zwischen Arbeitslohn und Warenpreis werden eben die Möglichkeiten der Wertverschiebung nicht erschöpft; die Verhältnisse des Warenmarktes sind zu kompliziert, als daß sie sich in eine Formel einfassen ließen. Es kann bei niedrigen Warenpreisen der Gewinn für den Unternehmer größer sein als bei hohen Preisen, weil es ja nicht nur auf die Preise des Endfabrikats, sondern auch auf die des Rohstoffs ankommt. Umgekehrt ist es möglich, daß bei hohen Warenpreisen der Gewinn geringer sein kann, als unter Umständen bei niedrigen Preisen.

Im kapitalistischen Güterausstausch gibt es keinen absolut verlässlichen Maßstab und die Unternehmer haben es in der Hand, das Glück nach Bedarf zu korrigieren und die wahre Sachlage zu verschleiern. Davon abgesehen: das Entscheidende bei der gleitenden Lohnskala liegt in der Grundlage, das heißt in dem zum Ausgangspunkte genommenen Normallohn und Normalpreis, auf den sich der eigentliche Lohn aufbaut. Um diese Grundlage dreht sich der Kampf, bei dem die Macht entscheidet, die Macht der organisierten Unternehmer und die Macht der organisierten Arbeiter. Durch Unternehmerorganisationen und Kartelle beherrschen die Unternehmer den Arbeits- und den Warenmarkt; die Arbeiter zur Not nur den Arbeitsmarkt. Mögen auch ihre Löhne steigen — ihr Geldwert ist auch bei starker Steigerung der Stalenzölle nicht immer rasch genug in die Höhe zu bringen. Darum genügt das System, das nur den Preis des Fertigfabrikats in Rücksicht zieht, dagegen die Preise der Lebensmittel außer Acht läßt, nicht, um den Anteil des Arbeiters an dem vermehrten Gewinn und die Kaufkraft seines Lohnes vor Benachteiligungen durch die Unternehmer sicherzustellen.

Kopf klar und Pulver trocken!

Es geht eine tiefe Unrast durch die Welt der deutschen Arbeit. Der drohende Konjunkturaufschwung wirft seine schwarzen Schatten voraus. Eingeklemmt zwischen der Teuerung und der bereits bestehenden oder für den Winter drohenden Arbeitslosigkeit sehen die Arbeiter der nächsten und der ferneren Zukunft mit Sorge und Erbitterung entgegen. Was soll werden, so fragen sie sich, wenn die Preise der Lebensmittel weiterhin steigen, die Wohnungsmieten in die Höhe gehen, die öffentlichen Lasten sich vermehren, ohne daß der Arbeitsverdienst damit gleichen Schritt hielte, oder auch nur die Arbeitsgelegenheit gesichert wäre?

Es kann nicht wundernehmen, daß in einer solchen Zeit, in der noch dazu die unaufhörlichen Kriegsnachrichten und die dauernden Rüttlungen die Nervosität steigern, allerhand pessimistische Stimmungen die Oberhand gewinnen. Sowohl in gewerkschaftlichen wie in politischen Kreisen stoßen wir darauf. Nicht alles jedoch, was an Verunsicherungen und Besammlungsreden aus dieser Stimmung heraus entstand und noch andauernd entsteht, hält einer ruhigen und sachlichen Prüfung stand. Auf keinen Fall kann ein gewissenhafter Beobachter zugeben, daß die Zustände in unseren Organisationen zu Bedenken Anlaß geben könnten. Eine gewisse Abschwächung der agitatorischen Verdrängung nach den großen politischen Kämpfen des letzten Jahres war von vornherein vorauszusehen und ist unter ähnlichen Umständen auch früher immer eingetreten. Und daß die Gewerkschaften etwa, wie vorjährige Kritiker behaupten, auf ihren großen Geldbeutel sitzend eingeschlafen seien, daß ihr Beamtensapparat bürokratisch versleinere, oder daß ihre Führer von bleicher Feigheit gepackt nichts ernstliches mehr wagten, kann nur jemand sagen, der von den Dingen weniger als nichts versteht. Das sind demagogische Redereien, die mit ruhiger Entschiedenheit zurückgewiesen werden müssen. Nicht der Mühe in ernsten Zeiten den Arbeitern am meisten, der am lautesten jähret und am strupellosesten die für die Organisation verantwortlichen Männer angreift, sondern wer durch sorgfame Arbeit die Schlagkraft seiner Gewerkschaft zu erhalten und zu erhöhen strebt. Das beste Stück solcher Arbeit ist die Aufrechterhaltung der Disziplin in den eigenen Reihen.

Das bedeutet kein temperamentloses Verkröchen vor den Problemen des Tages, keinen Kadavergehörigkeit, der alles anderen überläßt, jede eigene Verantwortung von sich weist. Aber es bedeutet die Zurückweisung planloser Streiche.

Zu den Unbesonnenheiten, mit denen wir jetzt wieder zu rechnen haben, gehört das hysterisch ammutende Zurückgreifen auf die Idee des Massenkrieges, etwa zur Erringung des preußischen Maß-

rechls oder zur Durchsetzung anderer politischer und gesellschaftlicher Forderungen. Es gibt keinen verständigen Menschen in der ganzen deutschen organisierten Arbeiterkraft, der nicht wüßte, daß vielleicht einmal die Stunde kommen kann, wo es kein anderes Mittel für die ganze Klasse der Unterdrückten gibt, als einen Massenstreik. Aber jeder ruhig Urteilende ist sich auch darüber klar, daß ein solches Unterfangen wie ein zweischneidiges Schwert ist. Auf keinen Fall darf man es ziehen, nur um der erbitterten Stimmung eines Augenblicks damit Nachdruck verleihen zu wollen. Und jeder, der öffentlich das Wort dazu nimmt, muß sich seiner vollen Verantwortung bewußt sein.

Wenn man die Berichte über die Versammlungen durchstudiert, die sich in der letzten Zeit in Berlin mit der Frage des Massenstreiks beschäftigt haben, dann erkennt man mit nicht geringem Ersauern, daß keiner der Prophezen und auch nicht die bekannte Prophetin unabweisend zu sagen wußte, was sie denn eigentlich, unter dem Massenstreik verstehen, was sie mit ihm zu erreichen trachten. Es verschwindet alles im Nebel der dunkelsten Phrasen. In donnernden Worten hat es ja freilich nicht gefehlt. Wenn die Mauern des preußischen Staates oder der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Worte umzuwerfen wären, wie einst die Mauern von Jericho vor den Besammlungen barsten — schon jetzt wäre in Preußen kein Stein auf dem andern geblieben. Aber damit ist es nichts. Das einzig wirklich Greifbare ist eine neue Saat des Mißtrauens gegen die Gewerkschaftsbeamten, die wahrlich gepflagt genug sind. Auch das hätte man schließlich billiger haben können!

Wie wenig klar man sich in den erwähnten Versammlungen über das war, was man eigentlich wollte (vorausgesetzt, daß man überhaupt etwas wollte), geht schon daraus hervor, daß man in heillosen Verwirrung den Massenstreik und den Geburtenstreik gleichzeitig erörterte. Die Debatten über den Massenstreik sind günstigstenfalls aus der begrifflichen Ungeduld der Arbeiter entstanden, denen die Verbesserung unserer Verhältnisse nicht rasch genug vor sich geht. Ihnen dann aber als ein Heilmittel für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden des Augenblicks die Geburtenbeschränkung zu empfehlen, heißt mit dieser Ungeheuer ein freies Spiel treiben. Da sich die planvolle Geburtenbeschränkung für die Proletarier empfiehlt oder nicht, ist eine sehr ernste Frage, die wegen ihrer weitreichenden individuellen und sozialen Folgen die gewissenhafteste Behandlung erfordert. Auf keinen Fall soll man sie übersehen. Sie sozusagen nebenbei mit den starken Worten über den Massenstreik einzuschleichen, bezücht einen bedauerlichen Mangel an Urteil und Verantwortlichkeitsgefühl. Beide Fragen sind viel zu bedeutsam, als daß sie ohne Schaden für die gesamte Arbeiterkraft in der in Berlin beliebten Weise weiterbehandelt werden dürften. Die verantwortlichen Stellen der sozialdemokratischen Partei werden sich darüber wohl ebenso klar werden, wie es die Gewerkschaften schon heute sind.

Ferien.

Wir hatten zwar bis jetzt einen ungünstigen Sommer mit zu wenig Sonne und schönen Tagen, dafür aber mit um so mehr Regen und kühler Temperatur; aber es ist trotz alledem Sommerzeit, es ist Hoch- und Reifezeit, es sind noch die Tage der Rosen, wie Heinrich Heine so hübsch sagt und Hunderttausende von Menschen haben ihr gewohntes Heim verlassen und sind auf Reisen gegangen. Auf die Vergnügungs- und Erholungsreise, in die Bäder, Kurorte und Sommerfrischen, ins Gebirge und an die See, wo während vier bis fünf Sommermonaten reges Leben und Treiben herrscht, eine Welt, in der man sich nicht langweilt.

Trotz des ungünstigen Sommers ist überall ein lebhafter Reiseverkehr zu beobachten, sind auf den Bahnhöfen Berge von Koffern und Reisekoffern aufgestapelt und es ist nach der Statistik der Bäderfrequenz in der bürgerlichen Tagespresse mancher Fremdenort zahlreicher besucht als in früheren Jahren. Das ist auch sehr natürlich, denn die Zahl der reichen Leute wird ja nicht kleiner, sondern im Gegenteil größer, was man vielleicht bei der erbitterten Fabrikdynastie konstatieren kann. Der Vater war ein Parvenu, der allein aus seiner Familie emporgelommen ist. Der reiche Kapitalist hat ein halbes Duzend Kinder, die zusammen wieder einige Duzend Nachkommen haben und die alle reich sind, zur Kapitalistenklasse, zur Bourgeoisie, gehören. Und sie alle schwärmen nun hinaus in die Bäder und Sommerfrischen; an Stelle des ehemaligen einzigen Pastenrus figurieren jetzt einige Duzende älterer und jüngerer gehobener Bourgeois vom gleichen Stamme in der Statistik der Bäderfrequenz. Und irgendwohin muß gegangen werden, das erfordert der sogenannte „gute Ton“ der sogenannten „Gesellschaft“.

Wenigstens haben wir nicht auf der ganzen Welt und auch nicht in ganz Europa die gleich ungünstige regnerische-kühle Witterung. In Italien hat der Sommer seine normalen Schönheiten und, damit die Extreme sich berühren, in Rußland wie in Finnland, Schweden und Norwegen, in Lappland wie auf Spitzbergen haben sie ebenfalls schon warme Sommertage, die uns Mitteleuropäern verloren gehen. Die Witterungsverhältnisse haben sich eben etwas verschoben und uns bleibt vorläufig die tröstliche Hoffnung, daß der noch vor uns liegende Teil des Sommers uns mit besseren Tagen für die vergangene trübe Zeit entschädigt.

Wir reden oben von der Welt, in der man sich nicht langweilt und diese Welt stellt das Kurpulsium in den Fremdenorten mit allen ihren raffinierten und luxuriösen Einrichtungen für Verhaltungen, Unterhaltungen und für Lebensgenuss dar. Man weiß, daß von den Hunderttausenden und Hunderttausenden reicher Kurgäste die wenigsten als wirkliche Kranke, als Patienten kommen, um in den Bädern und Sommerfrischen die verlorene Gesundheit wieder-

Aus dieser Darstellung tritt vor allem die hohe Aufwendung der finanziellen und eines großen Teils der dritten Beiräte hervor. Besonders die Vermögensverhältnisse von 187, 176, 130, 118 M und so fort pro Kopf der Mitglieder zeigen, daß die continentalen Vereine trotz anerkannter Leistungen noch manches nachzuholen haben. Hervorgehoben muß werden, daß im allgemeinen Vergleich nur in begrenzter Form möglich sind, da die Verhältnisse in den einzelnen Ländern doch zu verschiedenartig gelagert sind. Auch kommen bei einzelnen Organisationen die Gesamtleistungen in den dargestellten Zahlen nicht voll zum Ausdruck. So sind in den Zahlen der österreichischen Vereine und in denen des ungarischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes die Aufwendungen für Streiks und Ausschreibungen nicht enthalten. Diese Gelder werden aus vereinsgesetzlichen Gründen besonders verwaltet. Es ist ferner im Auge zu behalten, daß in einzelnen Organisationen die Haupt- und Lokalfunktionen (Sektionen) nicht getrennt geführt werden. In anderen Organisationen, wie beispielsweise im Deutschen Metallarbeiter-Verband, werden bekanntlich die recht erheblichen Beträge der Lokalverwaltungen getrennt geführt. Bei dem föderativen Charakter der Organisationen in Frankreich und Italien kommen die finanziellen Leistungen der Gesamtorganisation (Hauptverwaltung einschließlich der Lokalverwaltungen oder Syndikate) in den angeführten Zahlen ebenfalls nicht zum Ausdruck.

Hervorgehoben ist noch, daß bei der Zusammenstellung der einzelnen Posten nach folgenden Grundsätzen verfahren wurde: Bei den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind auch die Einnahmen aus Erntbeiträgen und Sammlungen mit aufgeführt. Ferner sind aufgeführt unter:

Bildungsausgaben: Die Ausgaben für Verbands-, technische oder der Allgemeinbildung dienende Organe, Bibliotheken, Unterrichtsreisen, wie alle die Aufwendungen, die der Bildung und Belehrung für die Mitglieder dienen.

Agitation und Verschiedenes: Die Aufwendungen für persönliche, mündliche und schriftliche Agitation, Kongresse, Generalversammlungen, Konferenzen, Informationsreisen, Beiträge an andere Körperchaften, Darlehen und sonstige Ausgaben.

Verwaltungsausgaben: Die der persönlichen und sachlichen Verwaltungsaufwendungen und die Ueberweisungen an die örtlichen Verwaltungen (Sektionen).

Die unter Verwaltungskategorien aufgeführten Gesamtsammlungen von 4 876 718 M, 5 510 189 M, 6 469 377 M in den Jahren 1910 bis 1912 sind also nicht etwa nur persönliche Verwaltungsausgaben, sondern unter ihnen befinden sich recht erhebliche Beträge, die den Lokalverwaltungen der einzelnen Vereine zugeführt wurden. So hat beispielsweise der Deutsche Metallarbeiter-Verband in den drei Jahren allein für diese Zwecke 2 375 709 M, 2 714 779 M, 2 989 573 M aufgewendet. Eine Hervorgehoben dieser Tatsache schien notwendig, um den bekannnten gegnerischen Rechenbeurteilungen vom Verbrauch der Arbeiterbeiträge zu persönlichen Zwecken von vornherein entgegenzutreten. Ueber das Gesamtbild aller Einnahmen und Ausgaben, die vorstehend wiedergegeben worden sind, sagt der Bericht des internationalen Metallarbeitersekretariats mit Recht:

„Diese Zahlen reden eine eindringliche Sprache, sowohl über die finanzielle Leistungsfähigkeit der im Bunde zusammengeschlossenen Metallarbeiterorganisationen und nicht zuletzt über die praktisch geübte Solidarität in der Gesamtheit wie jedem einzelnen Mitglied gegenüber. Die Metallarbeiter der europäischen Industrieländer haben aber auch alle Ursache, mit voller Befriedigung auf solche Resultate ihrer Tätigkeit zurückzuführen. Man beachte nur die Zahlen für 1912: Rund 1 Million Mitglieder, 38 Millionen Mark reine Einnahmen, 20 Millionen Mark für Unterhaltungsaufwendungen, 1 Million für Bildungszwecke und ein Gesamtvermögen von 44 Millionen Mark. Und das Ergebnis von allem: In diesen Zahlen spiegelt sich die ureigenste Arbeit der Männer aus dem Volke, der Männer im Arbeitsrod wieder.“

Berichtigung. In dem in voriger Nummer enthaltenen Bericht des Sekretariats ist auf Seite 248, Spalte 2 zu berichtigten, daß dem Österreichischen Metallarbeiter-Verband vom Sekretär nicht 5000, sondern 10 000 M Unterstützung vom Deutschen Metallarbeiter-Verband vermittelt wurde.

Die Zahl der dem Bunde in den drei Jahren beigetretenen Vereine ist durch den österreichischen Verein der Juweliere, Gold- und Silberschmiede zu ergänzen. Die Mitgliederzahl dieser 6 beigetretenen Vereine beträgt 38 550.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter auf den Seeschiffswerften.

Kollege P. Dittmann (Hamburg) sandte uns den folgenden Artikel, den er schon vorher in Nr. 174 des *hamburgischen Echo* vom 27. Juli veröffentlicht hatte, mit dem Ersuchen um Wiedergabe in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung zu. Leider kam sein Brief zu spät in unsere Hände, so daß wir erst in dieser Nummer seinen Wunsch erfüllen können. — Das ist sein Artikel:

Die Beharrlichkeit, mit der die Zentralvorstände der an der Arbeitseinstellung auf den Seeschiffswerften beteiligten freien Gewerkschaften sich gegen die in Frage kommenden Mitgliedschaften wenden, veranlaßt mich zu den nachstehenden Ausführungen:

Auch ich besaure es, daß die auf den Werften beschäftigten Kollegen, erlitten durch die Probation der Unternehmer, ohne vorherige Abstimmung zur Arbeitsniederlegung schritten.

Wenn nun aber die Vorstände in ihrer letzten bekannten Erklärung sofort gehen, diese Arbeitseinstellung schlechthin als einen wilden Streik, als einen Putz zu bezeichnen, so muß das entschieden zurückgewiesen werden. Schon aus der Darstellung der Sachlage durch die Vorstände geht hervor, daß es sich hier um eine von langer Hand wohl vorbereitete Bewegung handelte. Bis zu der in der Erklärung der Vorstände erwähnten Werftarbeiterkonferenz am 13. Juli dieses Jahres waren sich alle Beteiligten über die zu ergreifenden Maßnahmen durchwegs einig. — Auf der Konferenz kam es dann allerdings zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es ratsam sei, daß sich die Zentralvorstände nochmals als die Unternehmer wenden sollten. — Die Hamburger Delegierten erklärten, daß es ihnen schwerlich gelingen würde, die Kollegen in den Werften noch länger zurückzuhalten, nachdem allgemein bekannt geworden sei, daß die Verhandlungen ein negatives Resultat gezeitigt hätten.

Trotzdem nun auf der Konferenz von allen Seiten zugegeben wurde, daß die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt und somit vorderhand die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, trotzdem die Vorstände selbst erklären mußten, daß durch ihre „Ultima“ ein Erfolg in Gestalt von Zugeständnissen vorausichtlich nicht zu erzielen sei und nur die Wirkung auf die öffentliche Meinung in Betracht käme, trotzdem beischloß die Konferenz die Anwendung des Streikens mit großer — allerdings bei weitem nicht mit fünf Schreit — Mehrheit, — weil — nun, weil eben die meisten Teilnehmer nicht wußten, daß das fragliche Schreiben bereits am Tage vorher an die Unternehmer abgegeben wurde.

Man sollte sich daher doch lieber nicht so sehr auf den Beschluß der Konferenz verlassen. Im übrigen ist ja schon auf der am 20. dieses Monats stattgefundenen Konferenz der Metallarbeiter erklärt worden, und zwar von den Besprechungern des Ausschusses, daß sie nicht zu. — Welche Einzelheiten wären, wenn die Entscheidung in den aussergewöhnlichen Mitgliedschaften besser unterrichtet werden können. — Das am nächsten Tage infolge der allzu offen-

stänlich zur Schau getragenen „Kriegsbereitschaft“ des „Kollegen“ Hermann Blohm und der Maßregelung eines Vertrauensmannes (Pontian) die Arbeitsniederlegung erfolgte, ist ja so allgemein bekannt, daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Unschön ist es aber, wenn die Vorstände die unangebrachte Äußerung eines einzelnen, der erklärte, er lasse sich nicht länger Sand in die Augen streuen“, in ihrer Erklärung ausschließen, um damit das Vorgehen der gesamten Werftarbeiter zu discreditorien.

Die Bewegung kam eben von unten auf, sie war nicht mehr zurückzuhalten, sondern über die Köpfe aller Verbandsinstanzen hinweg griffen unsere Kollegen zur Selbsthilfe. Gerade, das war ein Verstoß gegen das Statut, aber so trag, wie die Vorstände die Sache darstellen, liegt es nicht. — Man beruft sich dabei fortgesetzt auf unser Statut, also auf das des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Dieses besagt im § 38 Absatz 11 — und auf diesen Passus glauben sich offenbar die gesamten Zentralvorstände stützen zu können — folgendes: Die Entschreibungen der Vorstände sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend, wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verfallen dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterfügung. — Nun hat man ja dem Wörtchen „jedwede“ eine Auslegung gegeben, die, wie ich bestimmt weiß, der Gesetzbuch nicht genügt hat — nach der Auslegung des Vorstandes wäre es ja ein Kapitalverbrechen, wenn die an Land beschickten Vertrauensgruppen unseres Verbandes ihre streikenden Kollegen finanziell unterstützen — außerdem nehmen die Vorstände gegenüber den Lokalfassbeständen ein Vetorecht für sich in Anspruch, das sie nicht besitzen, weil diese Fassbestände durch das Statut überhaupt nicht getroffen werden.

Aber es würde zu weit führen, das hier eingehend zu erörtern; darauf es andrängt, ist vielmehr das, daß dieser Passus (§ 38 Absatz 11) hier nicht ohne weiteres anwendbar ist.

Gegen den Beschluß der Vorstände ist die Arbeit nicht niedergelegt, sondern nur ob die Rechte des Vorstandes; aber noch Tags vorher hatte der Kollege Schlitz, als erster Vorsitzender des Metallarbeiter-Verbandes, in der Konferenz erklärt, daß die Vorstände natürlich lieber eine friedliche Erledigung der Bewegung sehen würden, daß sie aber, wenn die Werften nicht weitere Zugeständnisse machen, und wenn sie sich einer zeitgemäßen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen widersetzen würden, auch einer eventuell notwendig werdenden Arbeitsniederlegung zustimmen wollten. Daß bei dem Schreiben nichts mehr herauskam, darüber war man sich also auf allen Seiten klar; Meinungsverschiedenheiten bestanden nur darüber, zu welchem Zeitpunkt man durch das Verhalten der Werftarbeiter zur Arbeitsniederlegung gezwungen sein würde. — Wenn nun unsere Kollegen in ihrer berechtigten Erbitterung vielleicht etwas voreilig gehandelt haben, so hätte man ihnen daraus nicht den Strich drehen sollen.

Anstatt sich auf die Bestimmung des § 38 Absatz 11 zu stützen, und dieser die von ihm beliebte durchaus durchsichtsmäßige Auslegung zu geben, hätte sich der Vorstand lieber auf den § 25 Absatz 3 berufen sollen, der besagt:

Der Vorstand ist verpflichtet, alle Interessen des Verbandes gewissenhaft wahrzunehmen.

Das wäre richtiger gewesen, denn nachdem die Bewegung einmal eingeleitet, und nachdem sie nun selbst gediehen war, durften die Vorstände nun und nimmermehr die Zügel am Boden schlaffen lassen.

Und wenn die Kollegen in Hamburg, und nachher ja auch an anderen Orten, sich nicht länger beherrschten konnten, wenn sie für einen Moment aus der Reihe tanzten, dann durfte man ihnen das nicht als ein Verbrechen anrechnen, und durfte sie nicht verbammen nach dem Grundsatz: Fiat justitia, pereat mundus! (Gerechtigkeit werde gelibt, und wenn die Welt zu Grunde geht), sondern die Vorstände durften keinen Augenblick zögern, sich mit den gegebenen Verhältnissen so abzufinden, daß die Interessen der Mitgliedschaft keinen Schaden erleiden.

Leider haben die Vorstände anders beschlossen. Und sie haben dadurch erreicht, daß schon jetzt weite Kreise der Mitgliedschaft bezweifeln, daß es ihnen mit der konsequenten Durchführung der inszenierten Lohnbewegung überhaupt Ernst war.

Wäre diese Vermutung richtig, dann allerdings wäre es auf der anderen Seite um so unverständlicher und unentschuldbarer, daß man die Bewegung überhaupt eingeleitet und soweit gefördert hat, denn mit dem Feuer darf man bekanntlich nicht spielen.

Schier unfaßbar aber ist es, wenn die Vorstände in ihrer Erklärung weiter sagen: Durch das Vergehren unserer Mitglieder ist die Bewegung schon jetzt auf einem Punkte angelangt, wo sie zu einem erfolgreichen Ende nicht geführt werden kann!

Das schlägt denn doch dem Fuß den Boden aus. Also weil die Vorstände nun mal nicht ihren Willen gekriegt haben, weil die Mitglieder ihr belangloses Ansehen nicht mehr abwarten wollten, deshalb spielen sie die gekränkte Leberwurst und stellen sich zur Seite, und nun soll auf einmal die Bewegung verpufft sein.

Und wir ahnungslosen Schocksöpfe haben immer geglaubt, daß der Erfolg einer Bewegung von den gegenseitigen Machtverhältnissen, dem Organisationsverhältnis und dem Plan der Mitglieder abhängig sei.

Nun wissen wir es freilich besser. „Weil der Parademarsh missglückt ist, deshalb ist die Schlacht verloren!“ sagen die Vorstände.

Aber es kommt noch besser: „Noch ist es möglich, die Schlacht zu retten, aber nur, wenn ihr umkehrt und diesen Parademarsh nochmals versucht, indem ihr die „wilden“ Streiks aufhebt!“

So die Vorstände. Die Mitglieder aber schütteln den Kopf und denken: „Der Himmel behüte mich vor meinen Freunden!“

Denn, wenn nach einwöchiger Dauer der Streik nicht mehr gut sein soll, dann durfte man die Bewegung gar nicht erst inszenieren.

Oder sollten diejenigen wirklich recht haben, die da meinen, daß die Vorstände die Bewegung unter allen Umständen auf friedlicher Basis erledigen wollten?

Es erscheint mir ungläublich, daß die plötzlich erfolgte Arbeitsniederlegung von den Vorständen als willkommenes Vorkommnis benutzt wird, um die Fing' von der dringend gewordenen Affäre wegzuleiten zu können.

Aber sei dem nun, wie es will. Sicher ist, daß der Standpunkt der Vorstände in der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands keine Billigung findet, noch finden wird. Solange wir es als unsere Aufgabe betrachten, die Mitglieder unserer Organisationen nicht zum blinden Kabarettgehörigkeit, sondern zu denkenden und fühlenden Menschen zu erziehen, solange wird auch die Arbeiterchaft es bestehen und entschuldigen, wenn im Kampfe nicht jede Form bis auf das Lipfchen über dem S gegreift wird, weil das Herz nun einmal mit dem Verstand durchgegangen ist.

Soffen wir, daß sich die Vorstände durch die Synbatiste, welche die Gesamtarbeiterchaft Deutschlands den Streikenden jollt, und durch das von allen Seiten auf die Vorstände niebegeprossene herabwürdige Lob der bürgerlichen Presse eines Besseren belehren lassen, ehe es zu spät ist!!!

Inzwischen ist ja nun durch den Vorstand die von Hamburg und Kiel angeregte, von der Konferenz am 20. dieses Monats einstimmig beantragte außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufen worden, und zwar nach Berlin.

Sie findet am 8. und 9. August statt. Spät genug freilich, um die Kollegen derjenigen Orte, die über eigene Gelder nicht verfügen, durch den Hunger wieder in die Werfte zu treiben, ehe die höchste Instanz des Verbandes gesprochen hat.

Die Entschreibung dieser Generalversammlung muß und wird unter allen Umständen bindend sein, möge sie nun ja oder so ausfallen.

Wägen sich die Delegierten, die von der Gesamtmitgliedschaft nach Berlin entsandt werden, der hohen Aufgabe bewußt sein, die ihrer dort horzt?

Die kämpfenden Werftarbeiter, die ja leider gezwungen sind, sich nach zwei Fronten zu wehren, erwarten von der Generalversammlung Gerechtigkeit, gepaart mit Verständnis und Wohlwollen.

Sie aber, die wir im Vordergrund sehen, verpflichten uns schon jetzt, wie immer auch der Spruch der Generalversammlung

lauten möge, doch unter allen Umständen auch die letzte Kraft einzusetzen, um die Kollegen bei der Fassung zu erhalten, um den stolzen Bau der Organisation zu fördern und zu festigen, den man uns jetzt in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit zu zertrümmern droht.

Kollege Schilde übergab uns folgende Entwordnung:

Der Versuch des Kollegen Dittmann, die Zufriedenheit des Hamburger Werftarbeiterkreises möglichst harmlos darzustellen, nötigt mich zu einigen wenigen Feststellungen. Kollege Dittmann meint, der von den Vorständen den Werken gemachte Vorlauf zu zentralen Verhandlungen sei nur bezwegt von der Konferenz angenommen worden, weil die meisten Teilnehmer schon wußten, daß das Schreiben der Vorstände bereits abgefaßt sei. Das stimmt nicht ganz. Aus den Diskussionsreden auf der Konferenz ergab sich, daß der größere Bruchteil der anwesenden Vertreter genau derselben Meinung war wie die Vorstände, daß auch sie einen nochmaligen Versuch, zu Unterhandlungen zu kommen, durchaus billigten. Daß die meisten Teilnehmer der Konferenz wußten, daß das Schreiben bereits abgefaßt war, ist eine Missverständlichkeit, denn bei meiner eintelnden Rede über die Stellung der Vorstände sprach ich davon, daß die Vorstände eine Mission eingeleitet haben und schloß meine ersten Ausführungen mit dem Ersuchen an die Konferenz, nun dafür zu sorgen, daß solange die Ruhe bewahrt würde, bis durch Annahme oder Scheitern des Vorschlags der Vorstände der Verhandlungsweg vollkommen erschöpft und die Situation geklärt sei.

Die übrigen Ausführungen Dittmanns, besonders die, daß die Bewegung von „unten herauf“ kam und daß der Gesetzbuch seinerzeit die Auslegung des Statuts, wie sie der Vorstand beliebt habe, nicht gerügt habe, ebenso sein Saktio morale, daß „niemand gegen den Beschluß des Vorstandes“, sondern „ohne Beschluß des Vorstandes“ die Arbeit niedergelegt worden ist, behalte ich mir vor, an anderer Stelle zu widerlegen. Etwas möchte ich aber schon heute bemerken. Wenn Kollege Dittmann die verschiedenen Verhandlungen, die wir auf Generalversammlungen über Taktik gehabt haben, verfolgt hätte, würde er das nicht geschrieben haben. Er würde dann, anstatt sich in der Rolle eines Verteidigers des unwichtigen Vorgehens eines Teils der Kollegen auf dem Seeschiffswerften zu gefallen, der Sache mehr gedient haben, wenn er diesen Kollegen das Gedächtnis über die Aufsaugen unserer Generalversammlungen in taktischen Fragen aufgeführt oder wenigstens versucht hätte. Wenn wir mit dem „Ela“ alles das durchsehen könnten, was uns im Interesse unserer Mitglieder notwendig erscheint, brauchen wir überhaupt keine Organisation. Darüber zu streiten erscheint mir an dieser Stelle unnützig.

Wenn nun Kollege Dittmann noch dem Vorstand den Rat gibt, er solle sich auf § 25 Absatz 3 des Statuts berufen, so ist auch das nicht nur recht überflüssig, sondern diese Mahnung würde die Werften bei den Mitgliedern in Hamburg, Dittmann nicht ausgenommen, angebracht, die eine jeder vernünftigen Taktik und dem Sinne der Zentralorganisation zuwiderlaufende „Aufklärung“ betreiben. Doch auch darüber später.

Kollege A. Biedermann (Hamburg) schied vor an der Stichmarke „Zu außerordentlichen Generalberfammlungen“:

Auf der letzten Generalversammlung, die besonders Günstig darauf lagte, zu betonen, daß trotz der Erhöhung der Unterstützungen der Verband imstande sei, Kämpfe zu führen, wurde das Streben ohne wesentliche Veränderungen angenommen. Güte allerdings einer der Delegierten geant, in welcher Weise das Statut angewandt werden kann und bei dem ersten größeren Kampf, der droht, angewandt wird, wäre die Einmütigkeit nicht zu bezweifeln gewesen.

Über die der Kollege Schlitz am Schluß qualifizierte konnte. Zwei Wochen ist die Tagung verfließen und schon sind wir genötigt, wegen einer, wenn auch formal vielleicht richtigen Anwendung des Statuts eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten.

Im Vorben ist seit einigen Wochen eine Werftarbeiterbewegung im Gange, deren Veranlassung wir in den Maßnahmen der Werftarbeiter nach der Bewegung von 1910 erblicken müssen. Eingeleitet und durch mehrere Verhandlungen geführt wurde sie von der Zentralkommission. Die Verhandlungen waren recht bald auf einen toten Punkt gekommen, da die Angebote der Werften überhaupt nicht diskutabel waren, sofern man sie als Basis einer tatsächlichen Belassung des Kampfes betrachtete. Als die Verhältnisse soweit gediehen, legten die Vorstände der Konferenz am 13. Juli einen Antrag vor, daß sie noch durch ein Schreiben Verhandlungen einzuholen wollten. Die Antwort hatten sie bis zum 17. erhalten. Das Schreiben war aber bereits am Tage vorher abgefaßt, wie in der Konferenz festgestellt wurde. Daher erklärt sich auch die Beharrlichkeit der Konferenz zu diesem Schritt. Wer nun aber geglaubt hätte, die Vorstände und speziell unserer, unterzeichnete die Kollegen von dieser Wendung, der irrt. Alle Beteiligten wußten aber, daß die Wagen auf den Werften hoch gingen; daß die Kollegen durch die langwährende Schlichtererei, durch die miserablen Arbeitsverhältnisse — 138 Stunden — 0.88 M Ueberloß — und noch kräftere Fälle in einer sehr bangerischen Erregung waren. Die Vertrauensleute hatten schon von Wochen ausgedrungen, daß es nur des geringsten Aufschusses bedürfte und die Kollegen wären geschlossen brauchen. Am Montag den 14. Juli trat dann dieses Ereignis durch Maßregelung eines Vertrauensmannes ein. Mit dem Vertrauensmann gingen die Kollegen bei Blohm & Böh hinaus. Mit ihnen verließen „Geißel“ und Knorger, gewiß ein gutes Zeichen die Arbeit. Die Bewegung pflanzte sich fort und am anderen Mittag lagen alle Werften still.

Am Dienstag beschloß dann eine Versammlung mit 662 gegen 120 Stimmen in geheimer Abstimmung, draußen zu bleiben. Damit war die Anordnung des Vorstandes nicht befolgt. Aber daß daraus folgen würde, der Vorstand verweigert die Unterstützung, glaubte wohl niemand. Und doch geschah es.

Am Sonntag dem 20. Juli tagte wieder eine Konferenz und am Dienstag lagen wir dann im *Hamburger Echo* eine Kundgebung, die diesen Beschluß bestätigte, und in dem der Vorstand sein Vorgehen mit dem § 38 Absatz 11 rechtfertigte. Da nun die „Gefahr“ bestand, daß die Hamburger, die aber eine einigermaßen gesunde Lokalfasse verfügen können — auch die „wild“ Streikenden auf die Erwerbslosenunterstützung rechnen konnten — eilrigungen würden und so das Umdürren des Streiks mitkäufden würde, fragte der Bevollmächtigte in Stuttgart an, ob es statthaft sei, einer Gruppe die Lokalfasse auszuliefern (sic). Die Antwort kam prompt, daß ja es wäre eine Unterstützung zu verweigern sei, auch die Lokalfasse sei immo. Damit hat, meiner Meinung nach, der Vorstand über seine Bestimmung hinausgegriffen. Abgesehen davon, daß bei dem ersten Kampf nach der Generalversammlung mit einer großen und zerteilten Gruppe eine so einmütig geführte Bewegung abgebrochen wird, die Organisation in die Hände fällt und damit der Agitation an der Wasserlinie unübersehbare Schwierigkeiten entstehen, unter Umständen eine jahrzehntelange Arbeit um das Phantom „öffentliche Meinung“ in Frage gestellt wird, ist auch der formale Standpunkt des Vorstandes anfechtbar. Dafür den Beweis zu liefern, sollen diese Zeilen dienen.

Zuerst zu dem ominösen § 38, der schon seit Jahren den Mittelpunkt der Diskussionen bildet. Alle dort verlangten Bedingungen waren gegeben. Da brach das geschickte Ereignis den Damm; und die Sturmflut brach herein. Nun muß der Absatz 11 als Versuchung für die Hauptkasse stehen. Er lautet: „Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend; wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verfallen dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterfügung.“ Was hatte der Vorstand für Entschreibungen gegeben? Für die Waffe der Kollegen keine. Es war nicht erfüllt gefordert, daß der Beschluß vom 13. Juli am andern

Wagen sofort besetzt wurde. Dafür mußte aber gesorgt werden, da die Werften schon mit dem Ausstand rechneten und durch ein massenhaftes Schutzmannsaufgebot den Kollegen demonstrierten, daß sie Menschen zweiter Güte seien. Damit konnten die Kollegen auch den zweiten Teil nicht verlassen, da die Bewegung von langer Hand mit Genehmigung des Vorstandes vorbereitet war. Doch kann man hier, wie es allgemein geschieht, dem Vorstand formell recht geben. Sehen wir den Fall, diese beiden Teile seien verteidigt. Damit ist aber die Tragweite des dritten Teils, wie ihn jetzt der Vorstand anwendet, sicher über den Geist des Gesetzes hinaus, gegen die Auffassung in unserer Gewerkschaft überhaupt, ausgebeutet. Diese Anwendung bedeutet, daß alle übrigen Rechte der Mitglieder auf Unterwerfung unter den Tisch fallen. Sie bedeutet, daß die §§ 10, 11, 12, 13, 14 aufgehoben werden. Damit aber wird § 12 Absatz 3b unseres Statuts zum Raubstück allerersten Ranges gemacht. Mit einer solchen Anwendung sind die zwar nicht einlagbaren, aber gewohnheitsrechtlichen Ansprüche der Mitglieder auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Mit einer solchen Auslegung läßt sich durch eine geschickte Taktik schließlich alles Erworbene eskamotieren. Was ist und kann nie die Lösung der Frage sein. Und um Beispiel zu statuieren, sollten doch solche großen Mitgliedschaften zu schade sein. Ob damit der Zweck, die Kollegen auszuhungern und sie bedingungslos in die Betriebe hineinzutreiben, erreicht wird, ist auch noch eine offene Frage.

Was ist... Auch aus den Lokalfällen dürfen keine Unterstellungen bezogen werden. Woraus diese Entschädigung besteht wird, ist nun vollends unklar. Man hat die 500 bis 1000 Mark der Streikunterstützung den Lokalfällen überlassen. Es heißt also nur die Anwendung des Disziplinarrechtes übrig und wenn 20 000 oder mehr abspringen. Doch untersuchen wir einmal, auf Grund welcher Bestimmungen die Stellungnahme des Vorstandes erfolgen könnte. Zuerst ist da § 33 Absatz 6. Dort heißt es: „Über die Ausgaben der Lokalfälle entscheidet der Vorstand spezialisiert nachweis zu liefern.“ Dann heißt es im § 6 Absatz 8: „Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben kann jede Verwaltungsstelle mit Genehmigung des Vorstandes Ertragsbeiträge erheben.“ § 33 Absatz 6: „Die Verwendung des letzteren“ — das heißt des für örtliche Zwecke verfügbaren Beitrags von 12 resp. 5 % — „für andere als Zweckzwecke, ist unzulässig.“ Dann Ziffer 2: „Die Gesamtverwaltungen sind für die Verbandsgelder persönlich haftbar, soweit ihr Kenntnis der nicht im Verbandinteresse verwendeten Gelder nachgewiesen werden kann.“ Unter diesen sind die gesamten Gelder zu verstehen. Außer den angeführten Stellen ist im ganzen Statut nirgendwo die Rede von der Stellung der verschiedenen Körperschaften zu den Lokalfällen. Es sei denn, man zöge noch die Ziffer 4 heran, in der die Rechte der Mitgliedsversammlung als höchste Instanz festgelegt werden. Dann deren letzter Satz: „Deren Beschlüsse sind, wenn sie nicht nach dem Statut der Genehmigung des Vorstandes bedürfen oder dem Statut oder den Generalversammlungsbeschlüssen nicht zuwiderlaufen, für alle Mitglieder der Verwaltungsstelle bindend.“ Trotz aller Einschränkungen des zuletzt Angeführten steht nirgendwo etwas, wodurch den Mitgliedern die Selbstbestimmung über die von ihnen neben dem Beitrag ausgeführten Gelder genommen werden kann. Und in der Praxis verfügen die örtlichen Mitgliedschaften seit langem über die Gelder, ohne daß sich der Vorstand irgendwie ein Recht genommen hätte, in die Verwaltung der Gelder hineinzuwirken. Nur in einem Falle könnte man ein solches Recht konstruieren. Das wäre: der Vorstand hätte die Unterstützung streikender Kollegen für einen anderen als Verbandszweck. Und selbst in diesem Fall ist sein Recht laut § 33 Absatz 6 nur auf den „für örtliche Zwecke verfügbaren Beitragsanteil“ beschränkt. Der Vorstand hat sich aber lediglich sein Recht der Genehmigung für die Erhebung von Ertragsbeiträgen gesichert. Ebenso nur ein Recht auf spezialisierten Nachweis der Ausgaben. Aber daraus ein Recht auf die Verfügung über diese Gelder herzuleiten, ist denn doch absurd. Wenn das aber Ullian werden sollte, wäpsten die Ortsvereine andere Wege suchen, um diese Gelder vor den Eingriffen des Vorstandes sicherzustellen, da nur sie ein reges örtliches Leben möglich machen.

Die außerordentliche Generalversammlung hat aber eine sehr wichtige Aufgabe. Da ihr nach dem Statut § 36 Absatz 7 die letzten Rechte zustehen wie einer ordentlichen und zu diesen nach § 37, 1a „Etwasge Abänderungen des Statuts“ gehören, muß sie § 38 Absatz 11 einer gründlichen Untersuchung unterziehen. Mindestens muß sie für die Formel „jede Unterwerfung“ eine amtliche Ausfertigung geben. Ebenso muß sie die Rechte der Körperschaften an den Lokalfällen in klarer, präzisierender Weise feststellen. Darüber hinaus muß sie, an den Eingriffen anzuhängen, notwendig die Frage prüfen, ob es angemessen ist, daß der Vorstand, ohne seine Stellung geltend zu machen, derartige Bewegungen einfach abbrechen kann und darf. Abbrechen lassen sich solche Bewegungen ja trotz derartiger Maßnahmen faktisch nicht. Sie schlagen höchstens in Schädigung der Organisation um und das muß vermieden werden. Wohl soll in den Kollegen Disziplin fassen. In diesem Falle wird aber aus Disziplin Raubverbrechen. Und hier ist immer noch viel schädlicher als Raub und Zerschlagung. Wir sollten uns reinen Selbstverleugungs nicht solche Fehler anschießen. Wir brauchen in den Kollegen kein und nicht nur hier. Es wäre schade, wenn durch diesen und ähnlichen Fälle in großen Teilen die Kampfkraft geschwächen würde, nur um nicht mit der vielgerühmten „offiziellen Meinung“ in Konflikt zu kommen. Sie können sich ja auch nicht um uns. Ist man es aber gar, um der Unterwerfung, wie es heißt, nicht billige Gründe zu geben, zu behaupten, wir könnten die Klassen nicht halten, so ist das noch schlimmer. Sie mögen dann erst etwa den Beweis antreten, daß sie wirklich mit unsinnigen, eckigen, eckigen Verträgen zu halten. Der Beweis ist noch nicht erbracht.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt in seiner Nummer 30 vom 26. Juli 1913:

Die organisierten Arbeiter der Schiffbauindustrie haben seit einigen Wochen in einer Unruhe Bewegung. Leider haben die Arbeiter zum Teil nicht die Mittel der friedlichen Verhandlung erschöpft, sondern sie sind, besonders in Hamburg, ausgedehnt geworden, ohne den Beginn der von ihnen eigenen Organisationen der Unternehmern angebotenen Verhandlungen abzuwarten und natürlich kann auch ohne die Genehmigung der Vorstände zum Streik zu haben. Zur Entschädigung dieser Unruhe wird eine Entschädigung in Aussicht genommen. Doch solche Maßnahmen die Entschädigung der Arbeiter wegen Unruhe zu geben, ist doch einleuchtend, oder die Arbeiter dürfen sich doch nicht durch einen streikenden Leben, ihre eigenen Organisationsorgane zu ignorieren, die Maßnahmen ihrer Verbände, wäpsten nach Organisationsleiter zu empfangen, die Verhandlungs- und Verhandlungs ihre Organisations auf Spiel zu setzen und schließlich darf sie auch nicht außer Acht lassen, daß die Produktionskosten der Unternehmern in dieser Situation doch nur den Zweck verfolgen können, die Position der Produktionskosten durch unbillige Entschädigungen des Arbeiter zu sichern.

Zwei bedeutsame Urteile der sozialdemokratischen Presse.

Die Bremer Bürger-Zeitung sagt in Nr. 170 vom 23. Juli 1913 in einem Artikel „Verfittelt und Verfittelt“ nach einer Polemik gegen die Schiffbauindustrie:

Es ist das die Darstellung der Schiffbauindustrie und ihrer Unruhe... Die Bremer Bürger-Zeitung sagt in Nr. 170 vom 23. Juli 1913 in einem Artikel „Verfittelt und Verfittelt“ nach einer Polemik gegen die Schiffbauindustrie:

von Macht zu Macht gemein, wie wir gerade in jüngster Zeit aus Anlaß des Balkankrieges wahrnehmen konnten. Daß aber die Vorstände der in Betracht kommenden Gewerkschaften die Situation weit besser übersehen können und im vorliegenden Falle tatsächlich weit besser übersehen als die Arbeiter, ist für uns ganz ohne Zweifel. Wenn sie den Arbeitern also rieten, Gewehr bei Fuß auszuharren, so war das zwar die höchste Anforderung an die „gewerkschaftliche Disziplin“, aber es war nach allen Umständen auch das vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus richtigste. Das Angehen, das jetzt in dem Werftarbeiterstreik sich jedem denkenden Menschen aufzwingt, war vielleicht nicht voll in Rechnung gestellt und hat deshalb, wie zu fürchten steht, manche Rechnung zusehends gemacht. Der Werftarbeiterstreik ist eben ein elementares Ereignis und wirkt nun auch wie jedes elementare Ereignis. Aber der gewerkschaftliche Kampf kann nicht mit elementaren Ereignissen geführt werden; darum ist es Pflicht der Organisationsleitungen, ihnen nach Möglichkeit vorzubeugen. Ebenso ist es aber auch Pflicht der Arbeiter, das zu tun, denn um ihre ureigenen Sache handelt es sich ja dabei. Der gewerkschaftliche Kampf führt oft genug dazu, das Schicksal einer Arbeitnehmerschicht als den letzten und bestimmendsten der Gründe für die Forderungen der Arbeiter und nicht das Kapital ins Feld zu führen. Und besser vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus, es wird auf diese Weise ein nennenswerter Vorteil für die Arbeiter erreicht, als daß er unter schweren Opfern im günstigsten Falle durch einen Streik erlangt wird. Und ein Werftarbeiterstreik erfährt immer, nicht nur nach der finanziellen Seite hin, sehr schwere Opfer; sie werden bedingt nicht nur durch die Mannigfaltigkeit der Verurteilung, die in Betracht kommen, sondern vor allem durch die gewaltigen Kapitalmassen, die bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter gegenüberstehen. Von der Situation der Werftarbeiter und anderem gar nicht zu reden.

Die Bremer Bürger-Zeitung führt dann den Nachweis der guten Rentabilität der Schiffbauindustrie und daß die Arbeiter trotz der Hochkonjunktur in den letzten beiden Jahren unter der Feuerung zu leiden hatten. Sie schließt den Artikel:

... Nichts berechtigter also, wie ihre Forderungen und nicht berechtigter, wie das Verlangen schneller Entscheidung nach dem langen schmerzvollen Warten. Sie hatten lang genug geharrt und man hätte sie lang genug genarrt, die Werftarbeiter. Nicht berechtigter daher, wie wiederholen es, als daß sie unbillig die Arbeit verweigerten, von der Macht Gebrauch machten, die weder Polizei noch Klassenjustiz, weder Arbeitswilligen noch vereinigt Kapital ihnen völlig rauben können. Aber was ist nicht berechtigt in der Gesellschaft der Warenproduktion und Klassenherrschaft — und muß doch der Sieg des Rechts erst in langem, zähem Kampfe erlitten werden? Und wodurch wird die Vertretung der Arbeit erst zu einem je gewaltigen Machtmittel? Durch die Organisation! Organisation heißt aber Unterordnung des einzelnen unter das Wohl der Gesamtheit und heißt auch Unterordnung der Gesamtheit unter die selbstgewählte Leitung, der man bis dahin Vertrauen schenkte. Nur diese Leitung vermag die schwierige Situation klar zu übersehen, unter der der Kampf geführt wird. Sie hat daher ein Recht auf die Verantwortung der Entscheidung, was der Kampf vor der Schneide der Entscheidung steht. In diesem Moment der Leitung des Vertrauens zu verbergen, kann der Organisation zum schwersten Schaden gereichen; zu einem schwereren, als ihn die Organisationsleiter in anderen Fällen vielleicht davongetragen hätten. Die Organisationsleitungen stehen nun vor einer viel schwierigeren Aufgabe als vor dem Streik. Es ist einwillen nicht unseres Amtes, ihnen zu sagen, wie sie sie lösen sollen. Wir hoffen, daß sie sie zur Ehre und zum Besten wie der gesamten Gewerkschaftsbewegung, so der gesamten Arbeiterbewegung lösen werden und werden ihnen dabei nach Kräften, sowie nach bestem Wissen und Gewissen behilflich sein.

In der Frankfurter Tagespost (Nr. 173 vom 26. Juli 1913) schreibt Genosse Adolf Braun:

Eine Möglichkeit, die in der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes noch nicht ausgenutzt wurde, war die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Der Verband hat sich dazu entschlossen, so rasch wie es die Vorbereitungen nur immer erlaubten, eine außerordentliche Versammlung einberufen. Am 8. und 9. August wird sich dieses bedeutsame Ereignis im Berliner Gewerkschaftshaus abspielen. Im dritten Jahrzehnte der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes findet seine erste außerordentliche Generalversammlung statt. Bei der großen Bedeutung dieses Verbandes, bei seiner langen Geschichte ist dies ein Ereignis von hoher Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß ein so außerordentlicher Schritt nur nach gründlicher und reiflicher Erwägung getroffen ist, weil er als eine Notwendigkeit erlangt wurde.

Wenn eine gewerkschaftliche Organisation, die fast den vierten Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands umfaßt, sich zu einem ganz außerordentlichen Schritte entschließt, muß das schon die Verantwortung der ganzen Arbeiterklasse auf sich laden. Und so mehr wird das der Fall sein, wenn die Verantwortung zu diesem Schritte über den Kreis der beteiligten Organisation weite Arbeiterschaften beruht. Sieben Verbände sind an der Werftarbeiterbewegung beteiligt, die den Anlaß zur Einberufung dieser Generalversammlung gegeben hat.

In der jüngsten Sitzung des Reichstages, in einem für die ganze Volkswirtschaft besonders wichtigen Schritte haben sich die großen Unruhmächter gegenwärtig den Verhandlungen im allgemeinen, der allen der der Metallarbeiter und der Arbeiterklasse auf den Werften.

Die Werftarbeiter sind in einen Streik eingetreten, der, wenn er alle erlösen sollte, die in Betracht kommen, 70 000 Arbeiter aus dem Betriebe rückt. 70 000 Arbeiter, von denen nur ein ansehnlicher Teil, oder noch lange nicht die Mehrheit, jetzt in den Streik zu treten für notwendig erachtet hat. Aber darüber hinaus noch, muß man nach den Erfahrungen mit den Verbänden der Unternehmern, die besonders in Hamburg seit langem in ständiger Kampfesstellung gegen die Arbeiterorganisationen stehen, mit einer ganz unberechenbar großen Ausdehnung des Kampfes rechnen. Würden auch bei den Unternehmern so manne Erwägungen gegen die Einberufung ihrer Aussparung praktisch werden, so muß man sich bei der Reichstagsdebatte arglos schamlos, die der leitende Mann der Hamburger Schiffbauindustrie immer empfiehlt, auf die große Gefahr nahen lassen gefaßt machen. Es kann sich also um einen Kampf handeln, der lange nicht mehr unter dem Gesichtspunkte der Interessen einer noch so wichtigen Arbeitergruppe an der Weltberühmtheit herbeiführen kann. Die Entscheidung kann nicht ohne Rücksicht gegen die bedeutende Gruppe bestimmt werden, sie kann nur entschieden werden unter dem Gesichtspunkte des allgemeinen Metallarbeiterinteresses.

Dieses bemerkenswerte Urteil zu beurteilen, sind eingeleitet die Verhandlungen der Organisation, der Gesamtverband, der Streik und, wenn es sein muß, die Generalversammlung, in letzter Linie eine außerordentliche Generalversammlung. Man muß der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Dank sagen, daß sie, nachdem sie den schmerzlichen Wunden der Werftarbeiter gefunden hat, nachdenklich über die überlegten Beschlüsse und Maßnahmen nicht hinweggehen konnte, nachdem sie in jüngster Vergangenheit Erlassung und Bestimmung der erkrankten Arbeiter — besonders nur für kurze Zeit — bei den Hamburger Werftarbeitern erkrankt wurde, den Streik der Hamburger Metallarbeiter der Organisation, den außerordentlichen Verhandlung herangefordert hat.

Der Reichstagsdebatte steht diesmal in ihrer außerordentlichen Generalversammlung die allgemeine Pflicht zu, eine Entscheidung zu fällen, die, wenn auch nicht formal, so doch tatsächlich auch für alle anderen der Metallarbeiter-Vereinigung nicht angehenden Arbeitergruppen den höchsten Wertung sein wird, soweit sie durch die

Werftarbeiterbewegung, ist es in freiwilliger Willensentscheidung, sei es in Solidarität, in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Von höchster prinzipieller Bedeutung wird die Entscheidung der außerordentlichen Generalversammlung sein für die ganze Verfassung unserer Organisationen der Streiks. Das Ergebnis einer langen Entwicklung, die uns manche schwere Erfahrungen aufgelegt hat, manche Opfer, die wir bereitwillig und zurückschreitend schulden, bestimmten die Streiktaktik unserer Gewerkschaften. Sie verlangt die größte Vorsicht, die nüchternste Überlegung der für die Arbeitseinstellung in Betracht kommenden Arbeitergruppen, sie überläßt die höchsten Verantwortlichkeiten auf den Lokalen und zentralen Organen der Verbände, die bestellt werden durch die Mitglieder in ihren Generalversammlungen. In genau festgelegten Streikreglements sind die Pflichten aller Organe der Gewerkschaften für den Fall der Arbeitseinstellung klar und unabweisbar festgelegt. Was bei den Zentralverbänden zur Entscheidung eingeräumt ist, sind nicht Rechte, von denen einzelne Personen nach Belieben Gebrauch machen können, es sind schwere Pflichten, denen sich die Verbände und ihre Mitglieder nicht entziehen dürfen, die sie nicht in den Wind schlagen dürfen aus irgend welche Populärthaten.

Nicht Sympathien, nicht Nachgiebigkeiten gegen große Mitgliedschaften, nicht Drohungen und Einschüchterungen dürfen die Hauptvorstände auch nur einen Schritt breit von der Bahn abdrücken lassen, die ihnen das Streikreglement, die ihnen die Beschlüsse und Aufträge der Generalversammlungen, die ihnen der vorgefertigte Pflichtenkreis auferlegt. Die großen Rechte der Hauptvorstände sind notwendig, weil sie die Ausführende der Beschlüsse der Generalversammlungen sind, weil sie zum Ausdruck zu bringen haben den Willen der Gesamtheit, der durchgesetzt werden muß gegen noch so große Gruppen, noch so mächtige Körperschaften innerhalb der gesamten Mitgliedschaft, ja gegen ihren eigenen Willen.

Das Prinzip der zentralen Leitung, der Zusammenfassung der Arbeiterkraft einer ganzen Industrie des Reiches wurde durchgesetzt, es erklärt den gewaltigen Vorprung, den die deutsche Gewerkschaftsbewegung, vor allem die deutsche Metallarbeiter- und Holzarbeiterbewegung, vor der Gewerkschaftsbewegung anderer Länder, selbst der Engländer hat. Was die ganze Erfahrung der deutschen Gewerkschaftsbewegung lehrt, was in den Statuten und Streikreglements zum Ausdruck gelangt, was für alle Fälle der Zukunft vorgegeben ist, darf nicht einfach werlos gemacht werden durch den Willen einer noch so großen Gruppe von Arbeitern, die die Befehle der ganzen Gewerkschaftsgeschichte in einem gewissen Augenblicke unwequem empfindet.

Man hüte sich, Präzedenzfälle zu schaffen, die völlig unbeteiligten Arbeitergruppen künftig einmal, vielleicht schon über Nacht, zum Schaden gereichen könnten.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen ist, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, nicht allein durch die Entscheidung der Arbeiter möglich. Auch wir wären natürlich glücklich, wenn die Arbeiter allein ihre Arbeitsbedingungen festsetzen könnten, aber heute müssen wir die Arbeitsbedingungen regeln in Gemeinschaft mit den Unternehmern, auf Grund von Beratungen und Vereinbarungen, denen oft Kämpfe vorausgegangen sein können, die in vielen Fällen zu Tarifverträgen geführt haben. Daß solche Beratungen notwendig sind, daß Streik und Glaube bei uns herrschen muß, daß auf Beratungen, wenn sie vorgehen sind, nicht von einer Seite verzichtet werden kann, weiß jeder, der der Gewerkschaftsbewegung Verständnis entgegenbringt. Daß dementsprechend gehandelt wird, daß gewisse Voraussetzungen für beachtliche Verhandlungen eingehalten werden, darüber muß der Hauptvorstand einer Organisation wachen, er vertritt damit die Gesamter Interessen der Arbeiterklasse des Verbandes.

Es sind schwere Entscheidungen, die unter diesem Gesichtspunkte von der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes getroffen werden müssen, eine große Verantwortung wird sie auf sich zu nehmen haben, sowohl den kämpferischen Werftarbeitern gegenüber, wie gegen die ganze Metallarbeiterklasse, ja der ganzen Gewerkschaftsbewegung gegenüber, für die diese Beschlüsse von maßgebender Bedeutung bleiben werden.

Wir leben nun in Deutschland in einer schweren Zeit, in einer Periode sehr umfangreicher Arbeitslosigkeit, schwerer und gedrückter Stimmung der Arbeiterklasse. Dello größer ist die Verantwortung für all das, was sich in Hamburg abspielt, was auf der außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter beschlossen wird. Wir zweifeln keines Augenblicke, daß deren Beschlüsse zur Ehre und zum Vorteil der Arbeiterklasse ausfallen werden.

Genosse Braun ist allgemein bekannt als einer der wenigen außerhalb der Gewerkschaften stehenden Genossen, die sich über alle Gewerkschaftsfragen eine genaue Kenntnis verschafft haben.

Aus Lübeck wird berichtet, daß die Arbeiter der Babcock Maschinenbau-Gesellschaft ihre Bewegung am 30. Juli zum erfolgreichen Abschluß brachten. Die Firma ist aus der Gruppe der Schiffbauindustrie ausgetreten und verhandelte bestmöglich. Die Betriebsleitung hat folgende Zugeständnisse gemacht: Die im Jahre 1910 vereinbarten Einstellungspläne werden am 1. August um 4 % höher gesetzt. Der Stundenlohn aller Arbeiter wird um 2 % erhöht. Die Abschläge sollen in entsprechender Weise geregelt werden, so daß angemessene Ueberlöhne erzielt werden. Ferner wurde vereinbart, daß bei einer späteren Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Werften weitere Zugeständnisse gemacht werden sollen. Die Zugeständnisse wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Die Stettiner Kollegen haben ihren am 24. Juli gefassten Beschluß, keine Gelder an die Hauptkasse abzuliefern, am 31. Juli wieder aufgehoben, wodurch auch unsere Bemerkung in Nr. 31 gegenstandslos geworden ist.

Arbeitswillige werden gesucht.

Die Mitglieder des Gesamtverbandes der Deutschen Metallindustrieller empfangen folgendes Rundschreiben:

Hierdurch teilen wir Ihnen ergebnis mit, daß in der am 19. Juli er. stattgefundenen Sitzung des erweiterten Vorstandes des Gesamtverbandes der Deutschen Metallindustrieller folgender Beschluß einstimmig gefaßt worden ist:

Zur Ergänzung von Arbeitswilligen wird eine Umlage bei den Mitgliedern des Gesamtverbandes erhoben, welche unter Leitung des Gesamtverbandes zu verwenden ist. Zunächst soll 1 Mk. pro 1000 Mk. Lohnsumme erhoben werden; dem engeren Vorstande wird jedoch die Befugnis erteilt, nachdem die gleiche Summe einzuziehen ohne erneute Genehmigung des erweiterten Vorstandes.

Der von Ihnen zu entrichtende Betrag wird Ihnen in den nächsten Tagen aufgegeben werden.

Techniker als Arbeitswillige.

Die Leitung der Ortsgruppe Hamburg-Allona des Bundes der Metallindustrieller und Beamten des Metallindustriellen Bundes, die auf der Zusammenkunft Streikarbeit geleistet haben, keine Bundesmitglieder befinden. Die Mitglieder des Bundes würden auch in diesem Kampfe strengste Neutralität üben.

Ein Nachwort zum Kampfe bei Bosch.

Seit über Württembergs Grenzen hinaus hat der ostwärtige, nunmehr beendete Kampf bei der Stuttgarter elektrotechnischen Firma Robert Bosch Aufsehen erregt. Ganz hoch diese Firma in dem Ruf besonderer Fürsorge für ihre Arbeiter. Sie zahlte höhere Löhne als andere Firmen und hatte die fürstlichste mögliche Arbeitszeit. Mit der gewerkschaftlichen Organisation sollte sie

aber auf freundschaftlichem als auf gespanntem Fuße. Jahre hindurch hatte sie mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband alle in ihren Werken auftauchenden Streitfragen besprochen und geregelt. Kein Wort der Kritik über die Firma ist in früheren Jahren in die Oeffentlichkeit gedrungen. Alles wurde geräuschlos erledigt. Vom industriellen Unternehmertum wurde sie gleichgültig behandelt. Wenn und wo immer der Name Bosch genannt wurde, stets wechelten die Industriellen energisch ab. Sie boten um Unterlassung der Vergleiche zwischen den Verhältnissen bei Bosch und ihren Betrieben. Sie sagten die Firma an, daß sie die besten Arbeiter durch ihre höheren Löhne zu sich ziele. Und nicht selten begegnete man dem Gebanten, Bosch sei Sozialdemokrat.

Kein Wunder also, daß die Bevölkerung überrascht aufschrie, als sie den Rummel des Kampfes hörte. Kein Wunder auch, daß die ganze bürgerliche Meinung, die ihren Niederschlag in der bürgerlichen Presse fand, sich gegen die kämpfenden Arbeiter wandte. Unabsehbar, wie ein leuchtendes Vorbild war die Firma in der Industrie begriffen. Und jetzt war Kampf, „erbolter“ Kampf, angekündigt von den „gewissenlosen Machern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. Das las man in der sogenannten paradiesischen Presse. Anders lautete die politische Tonart. Im württembergischen Landtag machten es sich die Herren bequem, namentlich der Sprecher der Volkspartei. Er sprach den Deutschen Metallarbeiter-Verband sehr lächerlich heraus und drehte einen Strich für die Sozialdemokratie. Auf ihr Kommando sei der Kampf zu setzen. Das war bequem als Mithode nach den Ursachen des Konflikts zu suchen. Eingehend haben wir diese in früheren Artikeln besprochen. Sie liegen in der spezialisierten, geistlichen Arbeitsweise, dem Affordsystem und den dauernden Affordpreiskürzungen, sowie in den von der Firma vorgenommenen Entlassungen unbehaglicher Kritiker. Dazu kam die stante Geschäftsstruktur, die die Firma für den Kampf ausnützen wollte. Aber die bürgerliche Presse wurde nicht müde, es so darzustellen, als seien die begehrtlichen Arbeiter schuld.

Erst jetzt hat die Firma sechs Wochen ihre Werke; still spielte während dieser Zeit der Kampf. Sie lehnte sowohl den Oberbürgermeister, als auch den Gewerbevorstand, die ihre Vermittlung angeboten hatten, glatt ab. „Ich werde auch einen Tanz aufspielen, daß euch Ohren und Sehen vergeht.“ So etwa halte der Firmenherr zum Arbeiterauschuss gesagt. Und als er glaubte, die Arbeiter nach sechs Wochen müde gemacht zu haben, kündigte er in den öffentlichen Blättern und an den Plakatsäulen die Wiedereröffnung seiner Werke an. Hierauf gab die Arbeiterschaft ihre Bereitwilligkeit zur Arbeit unter der Voraussetzung bekannt, daß vorher die künftigen Arbeitsverhältnisse durch Verhandlungen geregelt werden. Das wollte aber die Firma nicht. Sie teilte der bürgerlichen Presse mit, daß sich bereits 4000 Arbeiter bei ihr um Arbeit beworben hätten. Angekündigt dieser Tatsache werde sie am 16. Juli den Betrieb öffnen. Leute, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch melden, würden ohne weiteres noch eingestellt. Damit glaubte sie, die Arbeiter zum Wiedereintritt bewegen zu können. Es kam anders. Am Morgen des 16. Juli kutschte eine nach Laufenden zählende Menschenmenge vor den Werken hin und her. Die Firma wartete auf 4000 Arbeitswillige. Jetzt erlebte sie ihre erste Enttäuschung in diesem Kampfe. Von den erhofften 4000 Mann kamen kaum 400. Und was für Leute! Meistens Gelegenheitsarbeiter. Da wies die Firma darauf, durch Flugblätter und Plakatschläge, die die Zahlen der Arbeitswilligen enthielten, die Ausständigen mangelnd zu machen und in ihre Werke zu locken. Der erste dieser Berichte, herausgegeben wenige Stunden nach Eröffnung der Werke, enthielt als Zahl der Arbeitswilligen 750. Von unserer Seite wurde die Richtigkeit dieser Zahl bezweifelt. Darauf erfolgte am andern Tag, am 17. Juli, folgender Anschlag an den Plakatsäulen:

„Entgegnung.“
Zu dem heutigen Tagwachtbericht, nach dem höchstens 350 Leute bei mir die Arbeit aufgenommen haben sollen, erkläre ich, daß heute insgesamt 850 Leute gearbeitet haben. Das sind schon 150 Leute mehr, als gestern. Neueinstellungen werden laufend vorgenommen. Es melden sich fortwährend auch frühere Arbeiter.

Stuttgart, den 17. Juli 1913. Robert Bosch.

Am 18. Juli wurde die Zahl der Arbeitswilligen auf 1062, am 19. Juli auf 1120 angegeben; immer durch Plakatschlag und Flugblätter. Ein Korrespondenzbureau sandte den bürgerlichen Zeitungen Berichte, in denen das Ende des Kampfes verkündet wurde. Der erste Bericht nach Wiedereröffnung der Boschwerke lautete:

„Die Auslieferung beziehungsweise der Streik bei der Firma Bosch ist zu Ende. Der Betrieb ist mit dem heutigen Tage in Stuttgart und Feuerbach in allen Abteilungen wieder aufgenommen worden. Jemand welchen Erfolg für die Arbeiter hat die Bewegung nicht gehabt; neuen zahlreichen neuen Händen hat sich die überwiegende Mehrzahl der früheren Arbeiter bedienunglos bei der Firma Bosch zum Wiedereintritt gemeldet.“

Die Ausständigen setzen sich durch diesen Bluff nicht irre machen. Konnten doch die Betriebe unmöglich durch diese Arbeitswilligen „flott gemacht“ werden. Es waren größtenteils ungelernte oder sonstige Gelegenheitsarbeiter, die das ganze Jahr die Arbeitsämter besagert hatten. Aber die Firma gab ein Flugblatt nach dem andern heraus, mit immer höheren Zahlen. In einem der Flugblätter war die Zahl der Arbeitswilligen auf 1296 angegeben. Darin hieß es zum Schluß:

„Da die Schwächlinge Tagelöhner die von mir herkömmlichen Zahlen fortwährend argweifel, fordere ich sie auf, sich von der Richtigkeit dieser Zahlen zu überzeugen und zu diesem Zwecke einen ihrer Vertreter zu mir zu schicken.“

Stuttgart, den 21. Juli 1913. Robert Bosch.

Dieser Aufforderung ist ein Redakteur der Tagwacht im Beisein eines Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nachgegangen. Bei der Zählung war von der Firma ein Notar beigegeben worden, der das Ergebnis der Zählung beurkunden sollte. Es konnte durch Augenschein festgestellt werden, daß die Firma mit ihren Arbeitswilligen herzlich wenig beginnen konnte. Die gelernten Arbeiter standen treu zur Organisation, sie waren nicht arbeitswillig geworden. Die vorläufigen bürgerlichen Zeitungen, die die Zahlen der Arbeitswilligen mit Behagen brachten, und die den Kampf bereits am ersten Tage der Eröffnung des Betriebes für beendet erklärt hatten, mußten jetzt Farbe bekennen. Sie brachten folgende Berlegenheitsnotiz:

„Der Arbeitskampf bei der Firma Robert Bosch in Stuttgart hat, trotzdem die Auslieferung aufgehoben ist, noch kein Ende gefunden.“

So mußten sich die arbeitseindlichen Zeitungen selbst ohnefeigen. Zugleich war eine neue Erklärung der Firma in Form von Flugblättern der Oeffentlichkeit übermittelt worden. Darin teilte Herr Bosch als Wesentlichstes mit, daß er seinen Eintritt in den Verband Württembergischer Metallindustrieller vollzogen habe. Nun erhielt der Kampf eine Wendung. Es kam zu Verhandlungen zwischen dem Verband Württembergischer Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Bei diesen Verhandlungen ergab sich manche interessante Einzelheit. So erklärte Herr Bosch, er wolle für allemal die Legende zerstreuen, als sei nicht er, sondern andere Herren der Firma für den Kampf verantwortlich. „Ich habe getan, was geschähen ist, kein anderer“, so lautete dem Sinne nach seine Erklärung. Das ist ein offenes Geständnis. Es wird diejenigen enttäuschen und bezaubern, die immer wäuteten, Herr Bosch sei noch der alte. Interessant war ferner, daß die Firma alle Personen, die bei den letzten Verhandlungen vor Ausbruch des Konflikts als Vertreter der Arbeiter zugegen waren, diesmal nicht zu den Verhandlungen zuließ. Dadurch wollte sie verhindern, daß die Vorgänge bei den Verhandlungen vor Ausbruch des Konflikts ins richtige Licht gesetzt würden. Das wollte aber unumgänglich gewesen angeht der Erklärung, die Herr Bosch in der Ferienfrage abgab und die im Widerspruch stehen zu den früheren Darlegungen seines Betriebsleiters.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in Nummer 31, Seite 251 der Metallarbeiter-Zeitung an Hand des Verhandlungsprotokolls

genau geschildert worden. Man hätte erwarten dürfen, daß dieselbe Presse, die während des Kampfes wiederholt die Unrichtigkeit ihrer Berichte dadurch anerkannt hat, daß sie später entgegengesetzte brachte, wenigstens beim Abschluß des Kampfes vorstellig sei. Statt dessen hat sie wieder, ohne Ausnahme, böswilligerweise das Ende des Kampfes als eine Niederlage der Arbeiter hingestellt. Bedingungslos müßte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Sie gibt ferner die Zahl der vom Verband während dieses Kampfes abtrünnig Gewordenen auf 90 Prozent an. Das ist dieselbe Verlogenheit, die sich auch sonst in diesen Zeitungen während aller Phasen des Kampfes breit gemacht hat. Wir haben schon einmal festgestellt, und wollen es an dieser Stelle wiederholen, daß am Tage vor Wiedereröffnung der Boschwerke, zu einer Zeit also, als noch niemand arbeitswillig sein konnte, 2600 Arbeiter kontrolliert worden sind. Am Tage der Beendigung des Kampfes, am 26. Juli, wurde noch an 2218 Ausständige unter Führung gezählt. Es sind also rund 400, die ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken gefallen sind. Wie elend ist es doch um eine Zeitung bestellt, die so im Interesse der Unternehmer dichtet! Im Gegenteil muß anerkannt werden, daß angesichts der Mittel, die die Firma Bosch angewandt hat, um Arbeitswillige zu bekommen, diese Zahl verhältnismäßig gering ist. Wie wurden die Arbeiter durch die „meinungslose“ Presse verunglimpft, wie wurde ihre Organisation beseitigt, wie wurden die Meister der Firma in die Wohnungen der Ausständigen entsandt, um sie zum Umfall zu bewegen! Wie wurde mit Flugblättern, mit Plakatschlägen, mit Androhung des Gefängnisverlustes, kurz, mit allen Mitteln versucht, die Arbeiter in die Werke zurückzulockern! Unter solchen Umständen muß anerkannt werden, daß sich die organisierten Arbeiter gut gehalten haben. Sie werden ihrer Organisation auch künftig treu bleiben, um Übergriffe des Unternehmertums zurückweisen zu können. Und die Hoffnungen der gegnerischen Gewerkschaften, der „Christlichen“ und „Sittlichen“? Sie werden sich nicht erfüllen. Sie wollten bei diesem Kampfe im Rücken stehen, und jetzt nach dem Kampfe Brotkrumen sammeln. In der ausständigen „Christlichen“ Presse schreibt man über Streikbruch von 90 Prozent unserer Mitgliedschaft bei Bosch und unter den 400 wirklich abtrünnig gewordenen Mitgliedern unseres Verbandes nicht mal, um auch einmal von einem „Fortschritt“ berichten zu können, mit Feuerzifer und verspricht diesen Arbeitswilligen, daß sie mit den in unserm Verband erwerbenden Arbeitern in den Zentrumsverband aufgenommen werden können. So etwas nennt man christlich. Dabei rechnen die „Christlichen“ auf die Hilfe der Firma. Nein, die Deutschen täuschen sich. Dafür werden die Herren Unternehmer selbst sorgen, denn diese sind noch immer der wirkungsvollste Agitator für die moderne Gewerkschaftsbewegung gewesen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 10. August der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. August 1913 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Stendal ein einmaliger Beitrag von 50 g. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Münster i. W.: Der Ingenieur Robert Dunkel, geb. am 18. November 1876 zu Rheine, Buch-Nr. 1.657.202; der Heizungsmonteur Jul. Nowotny, geb. am 8. Oktober 1884 zu Münster i. W., Buch-Nr. 1.484.298, beide wegen Streikbruch. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neustingen: Der Hilfsarbeiter Fritz Hofmann, geb. am 21. September 1875 zu Dörfenfurt, Buch-Nr. 2.004.887, wegen Streikbruch.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Söcking-Grünthal: Der Nadelmacher Friedrich Otto Krämer, geb. am 24. Sept. 1889 zu Gersdorf, Buch-Nr. 1.918.556, wegen unkollegialem Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reallingen: Der Former Fridolin Neu, geb. am 28. März 1882 zu Rottenburg, Buch-Nr. 1.869.839, wegen Streikbruch. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Mechaniker Karl Heubach, geb. am 10. November 1895 zu Stuttgart, Buch-Nr. 2.117.436, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken; der Mechaniker Wilh. Schulteis, geb. am 26. Juli 1881 zu Stuttgart, Buch-Nr. 1.484.798, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern eine dreimalige Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Aussperrung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Elektromonteur Walter Hertwig, geb. am 12. Mai 1884 zu Jöhstadt, Buch-Nr. 1.618.216, wegen Unterschlagung; der Metallarbeiter Otto Leonhardt, geb. am 5. Mai 1891 zu Nürnberg, Buch-Nr. 1.291.684, zur Durchführung eines bei der Ortsverwaltung Berlin gegen ihn beantragten Verfahrens. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Esser a. Ruhr: Der Fabrikarbeiter Adam Brendel, geb. am 29. Februar 1888 zu Fradenfeld, Buch-Nr. 1.787.818, wegen Diebstahl. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jena: Der Lackierer Hermann Bauer, geb. 14. Januar 1893 zu Jena, Buch-Nr. 1.999.468, wegen Markenmanipulationen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Witten i. W.: Der Schlosser Max Mehlting, geb. am 18. November 1894 zu Würzburg, Buch-Nr. 1.943.790, wegen Zerschmetter. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Solingen: Der Festplattler Runo Berger, geb. am 24. April 1878 zu Würzburg, Buch-Nr. 1.857.904, wegen Unterschlagung und Markenmanipulationen.

Gestrichen wurde: Buch-Nr. 1.681.416, lautend auf den Schlosser Paul Schäbler, geb. am 15. September 1899 zu Dillingen, eingetreten am 31. Oktober 1910 in Stuttgart (Stuttgart).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstr. 16“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstr. 16; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzubalten:

- von Drahtwebern nach Gutzirichen (Drahtwert Rheenan, Pönsingen & Co.) St.;
- von Drahtziehern nach Gelfentirichen-Schalle (Guehoffnungs- hütte, Abt. Weder & Co.);
- von Drechern nach Großenhain (Firma M. Beyreuther) Mt.;
- von Feilenhauern und Feilenziehern nach Vera (Firma Richard Juff) und nach Wilmshausen a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
- von Formern, Gleisearbeitern und Revolvermachern nach Düsseldorf-Derffel (Stahlwert Krieger, A. G.) D.;
- nach Gevelsberg (Fa. G. Dieckhoff) M.;
- nach Hattungen (Henschel & Sohn, Henschelhütte) D.;
- nach Neuenbürg b. Forstheim (Wügeleisenfabrik) Str. u. A.;
- nach Neutlingen (Fa. Chr. Laible) nach Stolp in Pommern; nach Zwickau (Fa. Zwickauer Eisen- und Stahlgießerei, Inhaber A. Kunstmann) D.;
- von Gießarbeiten, Glazieren und Pressern nach Hamburg (Firma Wiib) D.;
- von Graveuren nach Frankenberg i. S. (Fa. Aug. Dippmann & Co.) St.;
- von Heizungsmonteur nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Joppo und Neufahrwasser, St.;
- nach allen Orten in Pommern und Westfalen, St.;
- von Installateuren nach Wogen (Firma Neumann & Runge) Mt.;
- nach Wiesbaden (Fa. Döfflein) M.;
- von Klempnern, Installateuren und Tischlegern nach Bremen, M.;
- nach Breslau, St.;
- nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Joppo und Neufahrwasser, St.;
- nach Düsseldorf (für Bauklempner) Str.;
- nach Frankenthal, M.;
- nach Plauen (Firma Schuler) Str.;
- nach Stettin, St.;
- nach Worms (Fa. Wilhelm Selbst jun.) M.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Barmen (Firma Fröhlig & Kämpel, Maschinenfabrik) D.;
- nach Brandenburg a. H. (Brennaborwerke) A.;
- nach Düsseldorf (Firmen: Rhénania A. G., Emailwerke, St.;
- „Rheinland“) St.;
- nach Geger (Premierfabrikwerke) St.;
- nach Erlangen (Fa. Staud) Str.;
- nach Frankenberg i. S. (Fa. Aug. Dippmann & Co.) St.;
- nach Glaucha (Wotanwerke) Str.;
- nach London (Firma Siemens Brothers) D.;
- nach Magdeburg (Fa. Grademotorwerke) St.;
- nach Mühlhausen i. Thür. (Maschinen- und Fahrradfabrik Walter & Co.) D.;
- nach Weidau (Fa. Dittes) St.;
- nach Zittau (Wahnenwerke) M.;
- von Metallrücken nach Meheim a. Ruhr (Fa. F. W. Brödelmann, Aluminiumfabrik) St.;
- von Schleifern nach Dresden-Potschappel (Fa. Mehlhose, Fein- fabrik) Str.;
- nach Neuenbürg b. Forstheim (Wügeleisen) St.;
- von Schmiedern nach Großenhain i. S. (Fa. M. Beyreuther) Mt.;
- von Schneiden (Huf- und Wagen-) nach Hamburg-Altona, St.;
- von Uhrmachern, Uhrschalenmachern und Revolvermachern nach Gengenheim bei Mühlhausen i. S. (Fa. Levi Frères) St.;
- von Walzern nach Berlin (Fa. Bergmann, Wert Wilhelmsruh) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; B.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenz; W.: Nachregelung; Mt.: Mißstände; N.: Lohn- oder Affordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitssnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Wittiggeber verpflichtet, sich feils zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzugeben zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, möge man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Graveure und Ziseure.

Leipzig. Eine von über 60 Kollegen besuchte Versammlung nahm am 25. Juli einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten P. K. a. u. über „die Hohenzollern“ beifällig entgegen. Im Anschluß an eine Vorlesung über den Wundestag der selbstständigen Graveure entspann sich eine lebhafteste Debatte. Auf den von einer Anzahl Debatteurn zum Ausdruck gebrachten Wunsch, unter den Graveuren eine gesteigerte Agitation zu entfalten und wieder einen engeren Zusammenschluß unter den einzelnen Orten herbeizuführen, vielleich durch in gewissen Zeiträumen auszutauschende Berichte über die drückenden Verhältnisse, wurde die Branchenleitung berichtet, daß sie bereits in diesem Sinne beim Vorstand schriftlich vorstellig geworden sei. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich auch die Branchenleitungen der anderen Orte mit dieser Angelegenheit befaßen möchten, und namentlich die Orte Mitteldeutschlands, die Kollege Bräuner auf seiner Agitationsreise im September berührt. (In Leipzig spricht er Donnerstag den 11. September.) Dann kamen wieder die immer mißlicher werdenden Verhältnisse der Lehrjahrsausbildung zur Sprache. Kurzum kurz nach Ostern berichtet werden, daß entgegen den früheren Jahren die Auslernenden weiter beschäftigt wurden, so hat sich das Bild schon wieder geändert. Bezeichnend ist es, daß meistens als Grund für die Entlassung der jungen Leute ihre ungenügende Ausbildung angegeben wird. Sie haben in einer vier Jahre dauernden Lehrzeit nicht soviel gelernt, um dann hier für eine Stadt wie Leipzig bescheidenen Lohn von 19,50 M. zu verdienen oder im Verfall überhaupt ein weiteres Fortkommen zu finden. Die Ursache ist in unserer beruflichen „Geharheit“ zu suchen. Das gelegentliche Aufsehen in Prinzipalsorgan ist zu ersehen, daß dies nicht nur in Leipzig, sondern auch andersorts so ist. Wenn auf dem Wundestag unserer Prinzipale der Direktor der Breslauer Schindwerke und Kunstgewerbebeschule seinem Bedauern Ausdruck gab, daß nur wenige Graveure herbeizuführen und noch weniger Gehilfen sich kunstgewerblich weiterbilden — auch in Leipzig ist die Errichtung einer Gravurklasse an der Akademie wegen zu wenig Meldungen nicht zustande gekommen —, so liegen dieser an sich bedauerlichen Erscheinung die traurigen Verhältnisse zugrunde, die heute eben weiteren Arbeitseinstreuen bekannt sind. Diese hüten sich natürlich, ihre Schärfe über Jahre lang Graveure „lernen“ zu lassen, damit sie dann vielleich als Mittelhelfer oder sonst etwas arbeiten müssen. Es kommen auch infolge dessen mehr junge Leute in den Beruf herein, die von Haus aus die Vorbedingungen dafür gar nicht mitbringen. Deshalb sollen sich auch die Gehilfen kunstgewerblich weiterbilden, die Qualität der Geharheit sinkt ja immer tiefer und schließlich Kräfte haben jedenfalls in den letzten Jahren weniger Gelegenheit zu beruflicher Beschäftigung gehabt als „richtige Wähler“. Die Ausdehnung der Affordarbeit auch im Relief ist ein weiteres Beispiel. Herr Siebmann, der Vorsitzende des Bundes, suchte dem Verfall nach den geringen Drang nach kunstgewerblicher Weiterbildung mit „sozialpolitischen Erscheinungen“ zu erklären. Warum denn in die Ferne schweifen, denn sieht, daß — Schlechte liegt so nah! Des Weiteren kam die traurige Lage der Kollegen der „Gemäldchen- Branche“ zur Sprache. (Der Schmerzpunkt eines dieser „einzig Reifenden“ kam in Nr. 11 dieses Jahrganges der Prinzipalszeitung zur Sprache.) Es machten sich in letzter Zeit die Fälle, daß Firmen, die denen wegen Arbeitsmangel „ausgehört“ sind, im Prinzipalsorgan fortgesetzt Gehilfen suchen. Den sich Meldenden werden höhere Löhne besprochen, sind die Kollegen aber eingetroffen, so stellt sie programmäßig, namentlich wenn der Gehilfe verheiratet ist, beim Unternehmer die Erkenntnis ein, daß er sich „in den Beständen des

Beifallen getaucht hat". Er ist aber so menschenfreundlich, ihm zu gestatten, für einen niedrigeren Lohn weiterzuarbeiten, dazwischen darf auch ausgesagt werden. Ein typisches Beispiel dafür konnte ein auswärtiger Kollege geben, dem es auf ein Gehlengeld bei der hiesigen Firma Fr. Müller im Prinzipalsorgan zu ergangen war. Der verlorene Lohn von 36 M. wurde auf 26 M. abgezinst. Dann kam das Aufgehoben und zur selben Zeit traf wieder ein anderer Beifaller ein, der auf weitere Annoncen des Herrn Müller im Prinzipalsorgan hin eingestellt worden war. Eine neue Programmnummer führte dann die Firma durch die liegende Klümpchen ein, das heißt an einem Nachmittagsbesuch folgte der Sohn des Herrn Müller dem Beifaller nach Geschäftsverfolgung auf die Straße und teilte ihm dort mit, daß er sich nach anderer Arbeit umsehen möge. Er erfuhr deshalb auswärtige Kollegen, sich, ehe sie nach hier Stellung annehmen, bei der hiesigen Organisationsleitung zu erkundigen, da ohnehin hier nicht viel zu tun ist und auf die angegebene Weise nur bezichtigt wird, die Löhne herabzudrücken. Ueberhaupt dürfte eine regere Agitation gerade bei den Kollegen der „Gemischten Branche", die bereitwillig in den kleineren Stätten beim Kleinmeister ihr Kommandobrief führen, angebracht sein. Verfolgen wir den Arbeitsmarkt des Prinzipalsorgan, so sehen wir, daß fast die gesamten Stellengesuche sich auf diese Branche beziehen. Diese Kollegen stehen uns aber in der Hauptsache fern. Es wurde dann noch bekannt gegeben, daß die Graveure und Hülsenarbeiter der Firma August Dreyer & Co. in Frankenberg t. S. im Streik stehen.

Metallarbeiter.

Bergedorf. Einmal Neues glaubt der neue Meister Zuraig der Motorenfabrik von Fastram in Billwärd an der Wille eronnen zu haben, als er damit begann, die Arbeiterpreise zu drücken. Der frühere Meister hatte nicht den richtigen Schmelz zum Abgießen, er vergaß nicht, daß er selber einmal Arbeiter gewesen war. Auch war er, wie die Kollegen sagen, ein guter Fachmann. Und er sagte sich, daß ein Arbeiter bei fleißiger Arbeit auch einen anständigen Verdienst haben müsse. Die Art, wie der neue Meister bei Vorkorbungen verfährt, entbehrt zu nicht der Eigenart, aber die Kollegen wissen sie ebensoviele zu schätzen wie die Wohlgeheiß. Die Kollegen werden sich die Preisdrückerei auch nicht gefallen lassen, das mag sich Herr Zuraig nur notieren. Die Maschinenarbeiter verdienen ihm auch zu viel. So sagte er zum Beispiel zu ihnen: Wenn sie als Arbeiter die Stunde 70 S. verdienen, dann müssen die Schloßer, Dreher u. f. w. 1 M. verdienen. Natürlicher sollten sie das verdienen. Zu einem Kollegen wendete er auch, noch bei hier erzielten Verdiensten hätte er seinen früheren Unternehmern seine Arbeitskraft geschenkt. Wenn er so unglücklich war, sie ihnen zu liefern, dann geschah es ihm recht. Es ist ihm hier schon nahegelegt worden, es den Arbeitern doch vorzuschlagen, daß man um billigeren Preis arbeiten könne, aber dazu hat er dann immer „keine Zeit". Der Herr Meister könnte sich auf andere Weise nützlich machen, wenn er nämlich darauf bringen würde, daß die Schutzmittel vor der Sonnenhitze endlich angebracht würden. Aber das heißt es das eine Mal, es sei das Mal genommen, das andere Mal, die Verteilung wäre erfolgt u. f. w. Sollen die Arbeiter etwa auf eigene Kosten Vorhänge anbringen lassen? Eine andere Sache bedarf auch der Abhilfe. Wenn neue Motoren probiert werden, steigt so manche Packung heraus und die Werkstatt wird mit Qualm und Dampf erfüllt, daß kaum noch zu atmen ist. Auch durch den Betriebsmotor, der im Arbeitsraum steht, wird schädlicher Dampf verursacht. An Ventilation fehlt es überhaupt. „Modern" ist es jedenfalls auch, daß in dem Betriebe 60 bis 70 Arbeiter im Winter noch bei Petroleumbeleuchtung arbeiten müssen. Der Herr Meister würde doch da eine Besserung herbeiführen suchen. Auch möge er dafür sorgen, daß die dem Arbeiterausflug beschlossenen Anordnungen endlich herauskommen und damit den Arbeitern zur Einsticht offen stehen. Gelegenheit, sich das Wohlgefallen der Arbeiter zu erwerben, gibt es also genug.

Braunenburg. Bei der Firma Brenndormerke (Gebrüder Reichlein) sind am 2. August 2000 Personen ausgesperrt worden. Bericht folgt. Zugang von Metallarbeitern, Holzarbeitern, Sattlern, Malern und Ladierern ist ferngehalten.

Dresdner-Mitteilungen. In letzter Zeit ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß ich zwar in Dresden die Gelegenheit wahrzunehmen habe, die Verhältnisse der Leipziger Metallarbeiter schon zu kritizieren, jetzt aber den Mut nicht besäße, nach Leipzig zu kommen, um dort über meine Ausführungen in Dresden Rede und Antwort zu geben. Da nun wahrheitsgemäß auch noch in nächster Zeit in Deutschland viel über den letzten Verhandlungs- und die Leipziger Vorläufigen gesprochen werden wird, so sehe ich mich veranlaßt, folgenden Brief, den ich am 1. Juli an die Leipziger Verhandlungsleitung richtete, zu veröffentlichen: „An die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Bundes, Verwaltungsstelle Leipzig. Beste Kollegen! Als Leser der Leipziger „Arbeiterzeitung" habe ich durch die bezüglichen Veranlassungsberichte respektive durch Artikel der Redaktion Kenntnis von den letzten Vorgehens der Leipziger Metallarbeiter erhalten. Obwohl ich nicht zu den parteilichsten Menschen gehöre, die sich durch jedes scharfe Wort beleidigt fühlen, kann ich doch nicht misswundersam die den End meiner Person gewidmete Kritik hinhinnehmen. Ich sehe zwar augenblicklich weit vom Schuß, es ist mir aber durchaus nicht gleichgültig, wie die Mehrheit der Leipziger Metallarbeiter über meine Äußerung in der modernen Arbeiterbewegung urteilt. Wenn die Veranlassungsberichte der Leipziger Volksgesetzgebung ein getreues Spiegelbild der letzten Vorgänge innerhalb der Leipziger Metallarbeiter-Gehilfen geben, so muß ich den Kollegen, welche die bekannte Resolution beschließen, respektive denen, welche die Unterlagen zu dieser Resolution gegeben haben, den Vorwurf machen, daß sie es mit der Wahrheit nicht genau genommen haben. Nach meinem Dafürhalten ist es demerit nicht richtig und auch nicht im allgemeinen Grundgedanken demokratisch Aufstellungen aufzuführen, wenn eine beschuldigende Scharbestimmte Personen in den Rest, ohne diesen Personen Gelegenheit gegeben zu haben, ihre Ansprüche sich einer Scharbestimmten zum Wort zu bringen zu können. Ich für meine Person würde mich keineswegs, das, was ich in Dresden aussprach, auch den Leipziger Öffentlichkeit zu sagen. Als Kollege Schöpfer in Dresden aussprach, daß ich auch Kollegen finden möchte, welche den eventuellen Beschluß des Verhandlungs der Leipziger gegenüber vorzubringen sollen, habe ich mich sofort bereit erklärt, dieses zu tun. Die Kollegen Lippich und Drazemowicz werden bezogen wissen, daß ich mich zu dieser Mission angeboten habe. Nachdem aber die Leipziger Diskussionsleitung einen „Freunden" mit der Berufungsbekanntmachung beauftragt hatte, war es mir selbst klar, daß die Kritiker über Leipziger Angelegenheiten, eben weil sie persönlich nicht bei der Berichterstattung zugegen sein konnten, wichtige Punkte übersehen würden. Ich habe diesem den direkten Auftrag, daß mir die Leipziger Metallarbeiter Gelegenheit geben, meine Ansprüche über die Verhältnisse innerhalb der Leipziger Metallarbeiter-Gehilfen zu äußern. Es ist mir gleichgültig, ob ich in einer Generalversammlung, in Mitglieder-versammlungen oder Repräsentanten sprechen soll. Wenn jedoch wider Erwarten die Leipziger auf meinen Antrag nicht eingehen, dann erhebe ich hiermit den Vorwurf, daß ein Teil der Leipziger Metallarbeiter nur dann in der Kritik ist, wenn er weiß, daß der angegriffene Teil sich nicht verteidigen kann. Mit kollegialem Gruß A. Schwarz." — Was ich nicht erwartet habe, ist eingetreten: eine Generalversammlung der Leipziger Metallarbeiter am 9. Juli (siehe Veranlassungsberichte in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 30) beschloß, über mein Schreiben zu Tagungsbestimmungen zu entscheiden. Von jenem meinetwegen hat der Berichterstatter nicht einmal erwähnt, wohl aber fand in der hiesigen Generalversammlung der Kollege Liebenanz den Mut, mein Schreiben als einen Mißbrauch zu beschuldigen. Ich möchte es wohlwollend den Mitgliedern, darüber zu entscheiden, aber ein solches Verhalten an den Tag gelegt hat die Leipziger Metallarbeiter. Die mein Schreiben in Dresden als einen Mißbrauch zu beschuldigen, wie es kaum abzusehen, mir Gelegenheit zu geben, meine Behauptungen mit Beweis stellen zu lassen, oder der Unter-

Silbesheim. Die Terrorismlügen entstehen, dafür bietet das gegenwärtige Vorgehen der hiesigen Leitung des „Christlichen" Metallarbeiterverbandes recht geeignete Beispiele. Schon seit mehreren Wochen verfolgen sich die „Christlichen" darin, in der bürgerlichen Presse dunkle Andeutungen über „vorgelommen sein" sollende Terrorismlügen in einem hiesigen größeren Betriebe zu machen. Von unferer Ortsverwaltung wurden sie aufgefordert, mit Namen und näheren Angaben heranzukommen. Nachdem sie sich um das Bedrängen von Namen herumgedrückt hatten, ist in den letzten Tagen vor den Betrieben der Metallindustrie ein Flugblatt verteilt worden, in dem mit Namen und Angaben gedient wird. Beim Lesen des Flugblattes drängt sich jedem Unbefangenen ohne weiteres die Frage auf: Können in einem geordneten Betriebe wirklich solche Terrorismlügen vorkommen? Man höre nur: Am Tage vor Fronleichnam hätten die in Betriebe von Senliß beschäftigten rot organisierten Schloßer A. und B. einem Christlichen ein Kreuz auf seinen Arbeitsplatz gelegt, vorher hatte man einzelnen Christlichen die Arbeitsleistung und das Werkzeug entwendet, ein jugendlicher Christlicher und Jungdeutschlandkämpfer sei mißhandelt und beschimpft worden. Besonders habe man — man beachte nur — den betreffenden Jugendlichen wegen seiner Jugendlichkeit zum Jungdeutschlandbund beschimpft und mißhandelt, ihn Surrapatriot und Kecker genannt, mit Holzklößen bebrochen, mit dem Hammer gestochen und mit einem Kleinen behauen. Am 12. Juli habe der rote Vertrauensmann K. in Gemeinschaft mit dem Schloßer R. versucht, den Jugendlichen mit einem Strich aufzuhängen. Der Junge habe hierbei vor Angst einen Augenblick die Besinnung verloren, nur durch das Zugreifen des Meisters sei es verhindert worden, daß der Junge inskünftig aufgehängt wurde. Außerdem sei der Junge mit einer starken Latte über Schulter und Rücken geschlagen worden. Es folgt dann die Anklage gegen die Leitung des „sozialdemokratischen" Metallarbeiter-Verbandes in Silbesheim, daß diese nichts getan habe, um solche Mißhandlungen und Mißhandlungen gegen die armen Christlichen zu verhindern. Nach dem wird gesagt, daß man es unter solchen Umständen der christlichnationalen Gedankenmetaphysik nicht verdenken könne, wenn sie zukünftig nicht gemeinschaftlich mit solchen Elementen bei Lohnkämpfen vorgehen werde. Als Ergebnis unserer Untersuchungen hat sich nun folgendes herausgestellt: An dem Stinleben des Kreuzes find, wie erweisen ist, die Schloßer A. und B. nicht beteiligt gewesen. Das Kreuz selbst ist ein Stichtmaß, also ein Werkzeug, das gemeinschaftlich benutzt wird. Wegen des „Entwendens" von Arbeitsleistung und Werkzeug sind keine Namen angegeben, vielleicht deshalb, weil in letzter Zeit wiederholt einzelne Christliche in der Zeit vor einem Abend aus zum andern Morgen vollständig „vergessen" haben, wohin sie ihr Arbeitszeug und Werkzeug verbracht haben. Der jugendliche A. der so mißhandelt worden sein soll, ist auf seiner früheren Arbeitsstelle in der hiesigen Maschinenfabrik von S. Diebstahl wegen Ungehorsamigkeit und Faulheit entlassen worden. Als Surrapatriot, Kecker zc. hat sich der Junge selbst wiederholt bezeichnet, mit dem Ausdruck Kecker besonders seiner roten Haare wegen. Den Jungen mit Holzklößen bebrochen und mit dem Hammer in die Seite gestochen zu haben, bekennt K. ganz entschieden, während sich das Behauen mit dem Kleinen so verhält: Als K. beim Umziehen war, nahm ihm der Junge aus Überdruß den Kleinen weg, darauf schlug K. mit dem Kleinen nach ihm und traf ihn auch leicht. Nur das „Behauen-aufgehängtwerden" K., R., und der jugendliche A. arbeiteten gemeinschaftlich. Als der Junge dabei nicht aufpakte, fiel der Ausdruck: Junge, dich müßte man aufhängen! Es wurde nun dem Jungen eine Socke über den Kopf geworfen, K. hielt die Socke aber mit beiden Händen fest, so daß sie sich nicht ziehen konnte. Auch hat die Socke den Hals des Jungen gar nicht berührt, weil K. sie mit beiden Händen auf der Brust des Jungen festhielt. Wie sehr der jugendliche A. vor Angst einen Augenblick die Besinnung verloren hat, geht daraus hervor, daß er, als er losgelassen wurde, mit dem Ende des Striches dem K. einige Schläge verabschiedete, den beiden die Junge herausstreckte und weglief. Ein weiterer „Fritze" des Flugblattescheiters ist in der Behauptung enthalten, daß nur durch das Zugreifen des Meisters Schlimmeres verhindert wurde, denn der Meister hat erst einige Stunden später von dieser Belagerung Kenntnis bekommen. Keineswegs verhält sich das Schloßer mit „der starken Latte", auch bei diesem Falle ist „a dem Flugblatt die Wahrheit genau so mißhandelt worden. Daß die Betriebsbeamten die ganzen Vorkommnisse als das ansehen, was sie in Wirklichkeit waren, geht aus dem Ausspruch eines höheren Betriebsbeamten hervor, der erklärte, daß er das Ganze nur als Überdruß, als Scherz ansehe. Ueber die Mißhandlungen der Christlichen bekommt man aber erst Klarheit, wenn man jetzt Neuermungen von christlichen Vertrauensleuten und Mitgliedern hört, die offen erklären: „Aufs etwas haben wir schon lange gewartet, oder: „Daß der K. entlassen werden sollte, haben wir nicht gewollt, aber den K. wollten wir schon lange heraus haben." In übrigen könnten wir, wenn wir ähnlich wie die „Christlichen" vorgehen wollten, eine gleiche Anzahl jugendlicher „Terrorismlügen" aufzuführen, wie sie im Flugblatt aufzuführen. Und könnten wir mit Namen von Christlichen dienen, darunter dem eines Vertrauensmannes, die Beschlüsse und jugendliche Arbeiter in der unchristlichen Weise behandeln, sie mit voller Macht zu Boden werfen, oder, wie in der Gestalt erst in den letzten Tagen vorgekommen, mit Stampfen und Knütteln bedrängen haben. Wir halten es für eine Nebenpflichtigkeit jugendlichen, wenn eine Organisationsleitung eine solche Flugblattaktion betreibt. Die Hälfte der Fälle sind erlogen, der Rest ist so einfach und angebracht, daß nur die Bezeichnung: „Christlich" dafür zutrifft. Merkt denn die „Christliche" Zeitung nicht, daß sie durch eine solche Vertilgung nur die Gesinnung der Schloßarbeiter befragt? Wie ist Terrorismus beizubehalten mit aller Ernsthaftigkeit, wir würden eventuell u. u. den Mittel dagegen vorgehen, aber solche Mißhandlungen und Verbrechen wie sie in jedem Betriebe vorkommen, in einer solchen Form agitatorisch auszunutzen, das überlassen wir neidlos den „Christlichen", die ja auf dem Gebiet der Demagogik schon ziemlich Leistungen hinter sich haben. Oder ist vielleicht der Hinweis auf die Jugendlichkeit des Jungen zum Jungdeutschlandbund so ganz ohne Nebenabsicht beizubehalten hervorgehoben? Aber man ist es ja von den „Christlichen" in der letzten Zeit gewohnt, daß sie mit allen Mitteln, und seien es auch die hiesigen, dem Mitgliederstand in ihren Reihen entgegenzuwirken bestreben. Daß auch von gänzlich Unbefangenen die „Christliche" Zeitung richtig eingeschätzt wird, geht aus dem Ausspruch eines höheren Betriebsbeamten hervor, der gelegentlich einer Unterredung über die im Flugblatt enthaltenen „Wahrheiten" sagte: „Kein, mit Pellor (dem christlichen Vertrauensmann) und Genossen mag ich nichts zu tun haben." Nebenfalls hat der Herr diesen Ausspruch nur aus Sockenschüttelung getan. Im übrigen noch eine Frage: Ist der Schreiber des Flugblattes geschäftlich, dieses Nachwort mit seinen Namen zu betiteln, oder heißt er nicht mehr die Mitgliedschaft zu einem solchen Gesellschafter? U. u. g. Von Schluß folgen weitere Aufklärungen, despa eher wird das, was heute noch mit dem Ausdruck „Christliche" Gegenstandsbezeichnung bezeichnet wird, in Wirklichkeit über eine Markt der gelben Bewegung darstellt, begründeten sein. Die Folgen ihres Vorgehens werden die „Christlichen" Strategen noch zeitig genug zu spüren bekommen.

Pferzeim. Von hiesigen Metallverarbeitern werden des öfteren Arbeiter in auswärtigen Betrieben gesucht und große Veranlassungen gemacht. Diejenigen Kollegen, die auf diese Offerten eingehen und ohne Ermüdung bei der Verteilung bei der arbeitenden Firma anfangen, sind meist erstunken und launzichten verblüffelt sind, vor Umarmungen von Arbeit bei der Verteilung Ermüdung über die Firmen einzugehen, wird dies in den wenigsten Fällen getan. Wir möchten daher an dieser Stelle besonders darauf hinweisen, daß es ein Fehler ist, wenn man sich zu weit auf den hiesigen Markt tritt, sich nicht bei uns zu erkundigen.

Leitungen. Im 26. Juli fand unsere Quartalsversammlung statt. Zum zweiten Male der Tagesordnung gab Kollege Fleischer

den Namen und Geschäftsbereich für das nächste Quartale. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse stellen sich auf 5469,72 M. An die Hauptkasse konnten wieder 3000 M. eingezahlt werden. Die Ausgaben an Unterfertigung betragen 2287,76 M. Entnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren mit 4563,39 M. Der Mitgliederbestand hat sich gesteigert von 582 auf 622. Eine Zusammenkunft wurde mit Erfolg bei der Firma Chr. Dietz durchgeführt. Doch wurde der Termin gestrichelt, um in der nächsten Zeit weitere Forderungen stellen zu können. Dazu ist zu bemerken, daß ein Unorganisierter die Verhandlungen zwischen Verbandsvorteiler und Unternehmer hintertreiben wollte. In zwei Betrieben läuft der Tarif ohne Änderungen ein Jahr weiter. Bei der Metzgergesellschaft machte in einer Abteilung der Meister Bötzsch starke Abzüge, gegen die sich die Kollegen im Verbandsbüro beschwerten. Durch Verhandlung des Bevollmächtigten Fleischer mit dem Direktor nahm die Angelegenheit eine günstige Wendung für die Kollegen. Im Rußland herrscht eine starke Gleichgültigkeit unter den Kollegen. Viermal waren Versammlungen angesetzt, aber es kamen immer nur ein paar Mann. Auch dort werden die Unternehmern den Arbeitern noch begreiflich machen, daß sie in den Verband gehören. Zu Punkt 3 nahm man Stellung zur außerordentlichen Generalversammlung in Berlin. Als Kandidat wurde diesmal der Kollege Speidel einstimmig aufgestellt. Kollege Nagel gab den Bericht vom Parteitag und meinte auf den neugegründeten Parteitag hin, sowie auf die Erhöhung der Leistungen der Tarifklasse. Auch machte er aufmerksam auf die bevorstehenden Wahlen für die Bezirkskommission des Frankensassen. Sodann verlas Kollege Geisler einige Stellen aus dem Bericht der Leipziger Generalversammlung in Nr. 28, in dem auch Kollege Fleischer erwähnt ist. Dem Bericht haften schon äußerlich der Geruch der persönlichen Gefälligkeit an. Da Fleischer unser Geschäftsführer ist, so haben wir Veranlassung, darüber zu sprechen. Hierauf nahm Kollege Fleischer das Wort und legte dar, in welchem Verhältnis er zu den Leipziger Delegierten gestanden habe und verlas das Stenogramm seiner Rede sowie die Berichtigungen in Nr. 30. In der weiteren Debatte brachte Kollege Elgob folgende Resolution ein, die einstimmig Annahme fand: „Die heutige Quartalsversammlung ist nach Besprechung der Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 28 und nach Verlesung des Stenogramms der Ausführungen des Kollegen Fleischer auf der Generalversammlung in Dresden überzeugt, daß er nichts gesprochen hat, was zu Ausbrüchen, wie das Wort „gemein" herausfordert. Die hiesige Mitgliedschaft beurteilt den Kollegen Fleischer auch nach der Art, wie er sich hier als Geschäftsführer einsetzt und die Mitgliedschaft unserer Vertretung durch sein korrektes Verhalten gesteigert hat. Sie bringt ihm auch weiterhin das vollste Vertrauen entgegen wie bisher und läßt sich nicht durch einschlägige Berichte beeinflussen. Die Versammlung bedauert, daß sich die Leipziger Generalversammlung das Stenogramm nicht verlesen ließ, aus welchem sie die Wahrheit erfahren hätte."

Werkstat. Bei der Firma G. & E. Pause sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Eisen- und Metalltreibern, Formern, Modellenschloßern zc. ist dringend fernzuhalten.

Rundschau.

Aus den Unternehmerverbänden.

Schlossertag. Der 28. Verbandstag deutscher Schlosserinnungen wurde vom 22. bis zum 24. Juni in Leipzig abgehalten. Auf der Tagesordnung stand unter anderem als dritter Punkt: Die Bedeutung der Schülererklärungen in den Fach- und Fortbildungsausschüssen für die Ausbildung der Lehrlinge. Der Referent, Direktor Germer (Leipzig), erregte mit seinen Ausführungen aber viel Aufstöß bei seinen Zuhörern. Er sagte ihnen nämlich, daß in der Meisterlehre die Lehrlinge meist nur einseitig ausgebildet würden. Überdies müßten die Lehrer den Beruf in Theorie und Praxis vollständig kennen und es seien geeignete Kräfte infolge dessen oft recht schwer zu beschaffen. Deswegen sei eine solche Schere nicht allenthalten, sondern höchstens in Großstädten zu empfehlen. Diese Art der schulmäßigen Lehrlingsausbildung sei keineswegs als Ersatz der praktischen Meisterlehre dienen, sondern nur als Ergänzung, damit dem jungen Manne die Lust und Liebe zum selbstständigen Berufe gewahrt und erhalten werde. Soweit man nach diesen dürftigen Mitteilungen urteilen darf, hat Direktor Germer sein Publikum schon gelangt und dementsprechend ziemlich lahm gesprochen. Nichtsdestoweniger wurde in der Diskussion scharf gegen seine Ausführungen losgezogen. Fast sämtliche Redner äußerten sich dagegen, daß „durch das heute mehr und mehr in den Vordergrund tretende Bestreben des Fortbildungswesens die Meisterlehre nach und nach verdrängt werde". Der Kammer-Syndikus Herzog (Leipzig) hat sogar „sehr instruktiv vor weiteren Schritten auf dieser Bahn gewarnt". Ohne Zweifel ist ja das Problem der Heranzüchtung eines leistungsfähigen Nachwuchses nicht gerade einfach und es scheint uns noch nicht festzuhaben, daß besondere Lehrverhältnisse die Praxis im wirklichen Betriebe vollständig ersetzen können. Nichtsdestoweniger kann aber doch niemand bestreiten, daß namentlich in den Großstädten auch im Handwerk die Arbeit sich immer mehr spezifiziert. Auch der Handwerksmeister wird immer mehr gezwungen, eine Spezialität ausfindig zu machen, in der er möglichst viel verdienen kann. Man kann ihm dies nicht verdenken, muß dann aber auch zugeben, daß in solchen Betrieben der Lehrling unmöglich eine gründliche Ausbildung erhalten kann. Diese muß dann unbedingt auf irgend eine Weise ergänzt werden und dazu eignen sich besonders Schülerverhältnisse im Anschluß an die Fortbildungsschulen ohne Zweifel am besten. Dies ist so selbstverständlich, daß es eigentlich nicht nötig sein sollte, darüber noch Worte zu verlieren. Die Schlossermeister halten es aber für ihr Privilegium, die Beziehung soviel wie möglich auszuweiten zu dürfen und sie lassen sich gütlich nichts davon annehmen. Wenn sie ihre Lehrlinge auf die in ihren Betrieben vorkommenden Arbeiten dressieren, so ist es für sie selbst allerdings vorteilhaft, nicht aber für den Nachwuchs, um den sie doch nach ihren Angaben so sehr besorgt sind. Der Referent sah sich nach al den Anmerkungen genötigt, sich im Schlußwort wegen seines Referats zu rechtfertigen und mit der Rechnung zu schließen, daß man im Handwerk dem Fach- und Fortbildungsschulwesen doch mehr Vertrauen entgegen zu bringen und die weitere Entwicklung ruhig der Bedarfssfrage überlassen möge. Alles übrige werde sich dann finden. Da scheint der Referent die Schlossermeister nach unserer Meinung zu wenig zu hoch eingeschätzt zu haben. So wie die Sache jetzt liegt, sind sie, vielleicht von Ausnahmen abgesehen, nur durch Zwang dazu zu genötigt, ihren Lehrlingen weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu gewähren. Man darf den Schlossermeistern im allgemeinen schon ein wenig auf die Finger zeigen, daß sie ihren Pflichten gegen die Lehrlinge nachkommen. Das beweist unter anderem auch die Behandlung eines Antrages der Mainzer Jahning, der eine Aenderung in § 135 der Gewerbeordnung anstrebt. Nach diesem Paragraphen dürfen Kinder unter 13 Jahren überhaupt nicht beschäftigt werden, Kinder über 13 Jahre nur dann, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, Kinder unter 14 Jahren nicht länger als sechs Stunden täglich und junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als zehn Stunden täglich. Soweit die Beobachtungen und Erfahrungen der Arbeitererschaft reichen, haben die Unternehmer keine Veranlassung, sich zu befürchten, daß diese — immer noch unzulänglichen — Schulpflichtungen für Lehrlinge und junge Arbeiter zu scharf gehandhabt würden. Nichtsdestoweniger laufen die Unternehmer Sturm dagegen und die eifrigsten Vorkämpfer sind dabei die Handwerksmeister herkömmlicher Weise. Auch auf diesem Schlossertag stimmte der Mainzer Obermeister Schwarz ein bewegliches Mitglied an. Bestimmungenrecht des Arbeitgebers über die Arbeitszeit im eigenen Geschäftsbetriebe", für weitere eingetragene Anordnung, „empfindliche Schäd-

gung, das waren so die Verhänger des Referenten. Dieser er...

Des Submissionswesen und die Sicherung der Bau...

Zweiter wurde natürlich auf neue gegen die Ausföhrung...

Man sieht selbst aus diesen knappen Mitteilungen über den...

2939 Mark pro Kopf.

Sobiel soll der Deutsche Metallarbeiter-Verband Vermögen...

Er die sagt! Wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband...

Die drei von Herrn Sahn angegebenen Zahlen. Selbst wenn...

Taylorismus und Arbeiterinteressen.

Man will offenbar nichts unberührt lassen, um dem Gehob...

„Aus dem einleitenden Vortrage, der geeignet erscheint, in den...

Auf der erwähnten Hauptversammlung des Vereins deutscher...

Man darf nicht außer Acht lassen, daß die Leistungssteigerung...

vollendete Organisation zur Verfügung. Die neue Arbeit wird ge...

Was die Herren vortragen, mag ja sehr nett geklungen haben...

Wir können uns nur dem anschließen, was der amerikanische...

Uebrigens erscheint es uns unmöglich, ein Betriebssystem off...

Arbeitslosigkeit und Maßnahmen dagegen.

Der Nürnberger Magistrat hat in Anbetracht der dort herrschend...

Vom Ausland.

Oesterreich.

Die Oesterreichische Daimler-Motoren-Fabrik in Wiener Neustadt...

Schweiz.

Der Hilfsarbeiter Joseph Helfenstein von Ruswil, geboren...

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Ein- und Auswanderung von Metallarbeitern. Die amtliche...

Ungehörigen fremder Staaten in je zwei Klassen ein. Bei den...

Table with 2 columns: Year (1911, 1912) and rows for Einwandernde Metallarbeiter, Auswandernde Metallarbeiter, etc.

Während im allgemeinen die Zahl der Ausländer, die die...

In der nächsten Tabelle ist die Berufsgliederung der in den...

Table with 4 columns: Beruf, Zureisende, Abreisende and sub-columns for 1911 and 1912.

Unter den zugewiesenen Metallarbeitern waren die Schmiede...

Unter den Ein- und Auswanderern, die den qualifizierten Beru...

Von Interesse ist ferner die Verteilung der Zu- und Abreisenden...

Table with 4 columns: Nationalität, Absolute Zahl, Prozent, Absolute Zahl, Prozent.

Wie viele Metallarbeiter aus dem Deutschen Reich einwanderten...

Wesentlich gestaltet sich die Verteilung der Rückwanderer...

In den amtlichen Ausweisen wird auch das nächste Reiseziel...

Bei Beurteilung der vorstehend angeführten Zahlen ist zu be...

Großbritannien.

'The Labour Unrest' (Die Revoltierung der Arbeiterklasse) in England, die sich in spontanen Streikbewegungen äußert...

Letzte Nachrichten.

Ausperrung in Sicht.

Nach der ziemlich unklaren Mitteilung eines Stuttgarter bürgerlichen Blattes vom 4. August hat der Verband der Eisenindustriellen...

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (W. a. G., Hamburg).

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Juni 1913.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben' listing various locations and amounts.

Sterbefälle für Mitglieder der 'Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter' und deren Frauen.

Table showing 'Einnahmen' and 'Ausgaben' for the general sick and death fund.

Verbands-Anzeigen.

Multiple notices from various unions and associations, including membership lists and meeting announcements.

Literarisches.

zur Bekämpfung der angelegten oder besprochenen Werke wenden sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag...

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

Berlin C. 54, Linienstraße 83/85.

Privat-Anzeigen.

Private advertisements including 'Monteur' and '2 tüchtige Maschinenhauer'.